

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Die Wirtschaftspolitik darf zum
Reichtum nicht länger schweigen (lassen)
Martin Schürz

Which Side
Are You On?
Julia Herr

Die SPÖ muss sich wohl
oder übel neu erfinden
Martin Winkler

»Ständige
Judikatur«
Helga Hieden-Sommer



Martin Kippenberger
Bank Austria Kunstforum Wien

EDITORIAL

Es ist eine der bemerkenswertesten Eigenschaften der öVP, dass sie meint, einen Anspruch zu haben, für verlorene Wahlen bei nachfolgenden Verhandlungen für die Missgunst des Wahlvolks entschädigt zu werden. Seit 2006 ist sie damit noch bei jeder Koalitionsverhandlung erfolgreich gewesen und so überrascht es kaum, dass sie diese Attitüde auch auf die Wahlen der ORF-Führung übertragen zu können glaubte. Nachdem sie mit der versuchten Ablöse von Generaldirektor Wrabetz gescheitert war, forderte sie »Kompensation« auf der Direktorebene. Es ist ein Glück für den ORF, dass dieser Versuch kläglich gescheitert ist und ein Zeichen für das kluge Agieren von Generaldirektor Wrabetz, sein Team auch mit Stimmen aus dem bürgerlichen Lager mit breiter Mehrheit bestätigt bekommen zu haben.

Dass die öVP sich nun in der Opferrolle begibt und das damit begründet, dass der Bundeskanzler einen Gastkommentar in der FAZ verfasst hat und der ORF-General sich nicht von der öVP entmündigen lässt, sagt mehr über die öVP und ihre polit-emotionale Annäherung an die FPÖ aus als über sonst etwas. Von den Intrigen Lopatkas zur Bestellung der Rechnungshofdirektorin über die Götzenverehrung von Innenminister Sobotka für eine nutzlose und rechtlich höchstproblematische Notverordnung bis hin zu Kurz Plänen zur Aushöhlung von Kollektivverträgen (»I-Euro-Jobs«) – einflussreiche Teile der öVP lassen seit dem Wechsel an der SPÖ-Spitze nichts unversucht, um mit einer Politik der Nadelstiche den neuen Mann an der Spitze zu beschädigen. Dieser Politik nachzugeben, macht die Koalition nicht stabiler, sie ermutigt nur die Zünder, noch ein Schäufler nachzulegen. Es geht nicht darum, selbst zu provozieren. Aber die SPÖ muss klare Grenzen aufzeigen und sich selbst klar und glaubwürdig zu positionieren. Darauf zu verzichten, um tatenlos dabei zuzusehen, wie die Hofkamarilla von Sebastian Kurz den öVP-internen Putsch und den Koalitionswechsel zur FPÖ vorbereitet, kommt nicht in Frage.

Warum die SPÖ für eine klare Positionierung auch eine gute sachliche Grundlage hat, zeigt der einleitende Beitrag von **Martin Schürz** zu den Erkenntnissen aus der neuen **HFCS-Verteilungsstudie**. Die Zahlen dekonstruieren deutlich das Bild des »kleinen Häuselbauers«, der vorgeschoben wird, um die Privilegien der Reichen zu bewahren.

Steuerprivilegien der Reichen sind auch der Ausgangspunkt von **Julia Herr**: Die Debatte um die Steuer-

vermeidungspraktiken großer Konzerne wie **Apple** und **McDonald's**, bei der sich Rechtsregierungen überstürzen, von der EU-Kommissionen geforderte (!) Nachzahlungen abzulehnen, mache transparent, wie die politische Rechte die **Spaltung der Gesellschaft** an sozialen und ethnischen Linien **bewusst** betreibt, um die **Privilegien der wirtschaftlichen Elite zu bewahren**. Für die Sozialdemokratie biete sich hier die Chance, mit ihrer Rolle als Moderatorin neoliberaler Globalisierung zu brechen.

Martin Winkler fordert in Teil I seines Beitrags (Teil II erscheint in ZUKUNFT 10/2016) die **Neuerfindung der SPÖ** ein, um sie wieder erfolgreich zu machen und unterbreitet erste **Vorschläge**, wie diese Neuerfindung aussehen könnte.

Auch **Günter Koch** beschäftigt die Frage, wie die **SPÖ** neu aufzustellen sei.

Ernst Machart setzt sich in Hinblick auf den drohenden Kapitalisierungsbedarf italienischer Großbanken mit einer auf **KreditnehmerInnen fokussierenden** alternativen Strategie zur »**Bankenrettung**« auseinander.

Helga Hieden-Sommer nimmt die **Wahlaufhebung** der Bundespräsidentenwahl zum Anlass, einen Blick auf die Bedeutung von **Traditionen** aus früheren Epochen auf die Rechtsprechung zu werfen.

Den Kinostart von »**Anthropoid**« nimmt **Thomas Riegler** zum Anlass, die Ereignisse rund um das erfolgreiche **Attentat** auf den hochrangigen SS-Funktionär und Organisator der **Wannsee-Konferenz**, **Reinhard Heydrich**, nachzuzeichnen.

Nach den Buchtipps wirft **Markus Marterbauer** die abschließende Frage auf, ob das in **Eurofighter-Flugstunden** investierte Zusatz-Budget nicht besser in die **Frühsprachförderung** im Bildungssystem angelegt wäre.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Martin Kippenberger
Ohne Titel (Selbstporträt), 1975/76
Privatsammlung
© Estate of Martin Kippenberger, Galerie Gisela
Capitain, Cologne

**6 Die Wirtschaftspolitik darf zum Reichtum
nicht länger schweigen (lassen)**

VON MARTIN SCHÜRZ

12 Which Side Are You on?

VON JULIA HERR

**16 Die SPÖ muss sich wohl
oder übel neu erfinden**

VON MARTIN WINKLER

24 Zur Neuerfindung der Sozialdemokratie

VON GÜNTER KOCH

26 Rettet Banken UND Kreditnehmer

VON ERNST MACHART

30 »Ständige Judikatur«

VON HELGA HIEDEN-SOMMER

34 Das Attentat in der Haarnadelkurve

VON THOMAS RIEGLER

40 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

**42 Hier fliegen die Gelder
für die Brennpunktschulen**

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Die Wirtschaftspolitik darf zum Reichtum nicht länger schweigen (lassen)

Die internationale Studie zur Einkommens- und Vermögensverteilung HFCS lieferte im Juni 2016 neue Daten. Sie zeigen, dass die Kluft zwischen dem Reichtum Weniger und der großen Mehrheit immer größer wird und dass das Bild vom »kleinen Häuselbauer« und dem »kleinen Aktionär« ein ideologischer Mythos zum Schutz bestehender Privilegien ist, argumentiert der Ökonom Martin Schürz.

Im Juni 2016 legte die Oesterreichische Nationalbank neue Daten zur Vermögensungleichheit in Österreich vor (www.hfcs.at). Bei der erstmaligen Veröffentlichung der Vermögensdaten des *Household Finance and Consumption Survey* (HFCS) 2012 hatte es große mediale und politische Aufregung gegeben. So sprach etwa der damalige Finanzminister Spindelegger von Pi Mal Daumen-Daten, und empfand den Reichtum gleicher aufgestellt. Einige Journalisten wähten Klassenkampf und Neidsteuern nahen.

Diesmal war das mediale Echo verhalten, trotzdem sich das Empfinden des Finanzministers a.D. zu Reichtum nicht bewahrt hatte. Es gab keinerlei öffentliche Debatte zur ungleichen Verteilung, keine politischen Appelle zu einer möglichen Erbschafts- oder Vermögenssteuer und schockierenden Ungleichheitszahlen fanden nicht Eingang in Zeitungüberschriften.

Was sind aber wichtige Ergebnisse und mögliche wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen? Ein kurzer Spickzettel ohne Zahlen soll eingangs bei der Orientierung helfen.

Spickzettel zur Vermögensverteilung in Österreich:

- Erbschaften sind zentral für eine gute Vermögensposition.
- Die kleinen Häuselbauer sind so klein nicht.
- Bauern sind nicht arm, sondern vergleichsweise reich.
- Die Kleinen sind die Mieter.
- Arbeiter haben kein Eigentum.
- Arbeitslose haben kaum Reserven.
- Selbständige können sehr arm, aber auch sehr reich sein.
- Für Arme und die Mitte in der Stadt ist der Sozialstaat wichtiger als am Land.
- Über Sparen kann man nur bei sehr hohem Einkommen

reich werden.

- Reiche fehlen zumeist in Haushaltsbefragungen.

INFORMATIONEN ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG

Das Nettovermögen der privaten Haushalte in Österreich – Sachvermögen plus Finanzvermögen minus Schulden – liegt im Durchschnitt bei rund 258.000 Euro. Der Median (d.h. der mittlere Wert einer Verteilung, 50 % der Haushalte haben mehr und 50% haben weniger an Vermögen) liegt bei rund 86.000 Euro. Nur 10 % der Haushalte verfügen über ein Netto-Vermögen von mehr als rund 518.000 Euro und erst innerhalb der vermögendsten 5 % der Haushalte werden Nettovermögen größer als 1 Mio. Euro beobachtet.

Der Verbreitungsgrad der einzelnen Vermögenskomponenten unterscheidet sich beträchtlich. Während nahezu alle Haushalte Finanzvermögen besitzen, hält weniger als die Hälfte der Haushalte Eigentum am Hauptwohnsitz (rund 48%). Schulden haben nur rund 34% der Haushalte. Die mit Abstand größte Verschuldungsform ist jene in besicherten Krediten zur Finanzierung des Hauptwohnsitzes. Sachvermögen ist vom Volumen her betrachtet bedeutender als Finanzvermögen. Besonders ungleich verteilt innerhalb des Sachvermögens sind Unternehmensbeteiligungen. Innerhalb des Finanzvermögens zählen die risikoreicheren Anlagen zu den ungleicher verteilten Veranlagungen. Aktien werden in Österreich nur von rund 5 % der Haushalte gehalten und die Werte werden in Befragungen unterfasst.

»KLEINE SPARBÜCHER« SIND KLEINER ALS OFT BEHAUPTET

Sparkonten, zu denen Sparbücher, Bausparverträge und Lebensversicherungen zählen, sind die am weitesten verbreitete

Sparvariante. Die Werte auf den Sparkonten sind weit weg von den medial diskutierten kleinen Sparbüchern im sechsstelligen Bereich. Der Median liegt bei rund 14.000 Euro.

BAUERN SIND SO ARM NICHT

Selbstständige weisen das höchste Vermögen mit einem Mittelwert von rund 1.320.000 Euro auf. Ihr Betriebsvermögen ist hierfür entscheidend und nicht ihre Altersvorsorge. Die Landwirte haben ein Nettovermögen von rund 900.000 Euro im Durchschnitt. Dies läuft dem beliebten Bild von den »armen Bauern« zuwider. Es hat viel damit zu tun, dass nicht über Einkommen, sondern über Vermögen gesprochen wird.

Die Gruppe mit den geringsten Vermögensbeständen ist jene der Arbeitslosen. Diese haben mit rund 2.000 Euro im Median kaum Rücklagen. ArbeiterInnenhaushalte kommen auf rund 123.000 Euro im Durchschnitt, weisen im Median aber auch nur rund 26.000 Euro auf.

GEWALTIGE VERMÖGENSUNGLEICHHEIT IN ÖSTERREICH

Einkommen ist deutlich weniger ungleich verteilt als Vermögen. Der Gini-Koeffizient beträgt für die Nettovermögensverteilung in Österreich 0,73. Dies ist im europäischen Vergleich ein sehr hoher Wert. Die Ungleichverteilung des Nettovermögens ist in Österreich erweist sich auch in der Krise als stabil.

P90/P10 misst die Spanne zwischen dem 90. Perzentil (10% haben mehr an Vermögen) und dem 10. Perzentil (10% haben weniger an Vermögen) der Vermögensverteilung. Der Haushalt an der Grenze zu den vermögensreichsten 10% der Haushalte verfügt über rund das 521-Fache an Nettovermögen jenes Haushalts an der unteren Grenze.

Der Anteil des Top-1-Prozents am gesamten Vermögen liegt bei beachtlichen 25,4%.

VERMÖGENSLOSE, HAUSEIGENTÜMER UND REICHE

Drei Gruppen können aus einer Vermögensperspektive klar voneinander unterschieden werden:

- 1) Die tendenziell Vermögenslosen: die untere Hälfte der privaten Haushalte hält nur einen Anteil von 3,2% am gesamten Nettovermögen in Österreich.
- 2) Die Gruppe jener, deren Eigenheim ihr Hauptvermögen

ist: diese Gruppe befindet sich in der oberen Mitte (vom Median bis etwa zum 90. Perzentil),

3) und eine kleine Gruppe, die von allem haben (Unternehmensbeteiligungen, Aktien, Anleihen, Immobilien usw.): zu dieser Gruppe zählt nicht einmal 1 Prozent.

BEGRENZTE AUSSAGEKRAFT

Generell unterschätzen Maßzahlen zur Vermögensverteilung auf Basis von Haushaltsbefragungen die Ungleichheit. Die HFCS-Erhebung unterschätzt die Vermögensungleichheit in Österreich beträchtlich. Es gelang auch bei der zweiten Welle des HFCS kein sogenanntes Oversampling der Vermögenden (d. h. eine Spezialstichprobe der Reichen). Hierfür wäre eine institutionelle Zusammenarbeit der OeNB mit dem Bundesministerium für Finanzen notwendig.

Statistische Probleme bestehen bei der Abdeckung der großen Vermögen und bei der Erfassung der Reichen. Die Antwortverweigerung war in der zweiten Welle 2014 um einige Prozentpunkte höher als in der ersten Welle. Die höhere Rate der Antwortverweigerung betrifft die Vermögenden. Sie entspricht den Schwierigkeiten vieler internationaler Haushaltserhebungen. Die Bereitschaft zur ehrlichen Angabe der eigenen Vermögensverhältnisse schwindet und jede Diskussion zu Vermögenssteuern lässt sie scheinbar weiter schwinden.

Eine Verbesserung der Datenlage zu Reichtum müsste ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Ziel werden. Denn wer zur Vermögensverteilung vernünftig begründete Positionen vertreten will, sollte auch Daten zu den Reichen haben. Die österreichische Bundesregierung müsste einen Armuts- und Reichtumsbericht in Auftrag geben, denn der derzeitige Sozialbericht des Sozialministeriums hat seinen Schwerpunkt auf Armut, aber nicht auf Reichtum.

ALS DAS AUSMASS DER KLUFFT ZWISCHEN OBEN UND UNTEN

Eine eindeutige Antwort auf die Frage, ob die Vermögensungleichheit in Österreich seit 2010 gestiegen oder gesunken ist, kann nicht gegeben werden. Der Gini-Koeffizient des Nettovermögens zeigt einen Rückgang von 0,76 im Jahr 2010 auf 0,73 im Jahr 2014. Statistisch signifikant ist dies nicht. Die meisten Top-Anteile am Gesamtvermögen sind zurückgegangen und deuten in Richtung einer gleicheren Verteilung. Doch der Top-1% Anteil ist auf über ein Viertel gestiegen und dies ist ein wichtiges Indiz einer steigenden Vermögenskonzentration in Österreich.

Wichtiger als die Veränderung der Vermögenskonzentration im Verlauf von ein paar Jahren ist der tiefe Graben zwischen Arm und Reich. Diese Kluft war vor einigen Jahren riesig und sie bleibt gewaltig. Ob Riesen nun im Zeitraum von ein paar Jahren ein paar Zentimeter wachsen oder schrumpfen, ist keine gesellschaftspolitisch bedeutsame Frage. Wichtig ist, wie Menschen mit den gefährlichen Giganten unter ihnen umgehen sollen. Soll die Wirtschaftspolitik loyal zu den Reichen bleiben?

Fünf wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen zur Vermögensungleichheit in Österreich:

1. Einlagensicherung von 100.000 Euro ist zu hoch

Die Höhe der geplanten EU-Einlagensicherung beträgt 100.000 Euro pro Kreditinstitut und pro EinlegerIn. Wer etwa 500.000 Euro auf fünf Institute streut, dessen Einlage ist komplett gesichert. Die Einlagensicherung liegt weit über der durchschnittlichen Höhe der Spareinlagen.

Grundsätzlich sind die Finanzinstitute für die Auszahlung der EinlegerInnen im Konkursfall zuständig. Doch marode Finanzinstitute, die sich mit dieser Garantie übernehmen, werden wohl wieder gerettet werden müssen.

Ziel der Einlagensicherung ist nicht die Absicherung des vielzitierten kleinen Sparbuchs der Oma für ihre Enkel. Denn dann könnte die Grenze bei 20.000 Euro gezogen werden, Das Risiko in der Veranlagung wird den Reichen letztlich von der Allgemeinheit abgenommen, obwohl diese es leicht selbst tragen könnten. Sogar wenn dieser umfassende Schutz letztlich der Finanzstabilität dienen mag, müsste dazugesagt werden, dass der absichernde Mechanismus primär Reiche begünstigt und die Allgemeinheit im Ernstfall belastet.

2. Wirtschaftspolitische Programmatik von Eigentumsbildung ist ideologiegeleitet

Das Nettovermögen von EigentümerInnen am Hauptwohnsitz liegt im Median bei rund 301.000 Euro. MieterInnen hingegen haben einen Wert von rund 11.300 Euro. Dies bedeutet: zwei Welten müssen beim Vermögen unterschieden werden. Jene der Eigentümer ihres Hauptwohnsitzes und jene der Mieter. Letztere haben auch nur wenig an Finanzvermögen. Sie können im Vermögensvergleich mit den Eigentümern nicht mithalten. Die Gruppe der Nicht-Eigentümer zählt zudem den VerliererInnen in der Krise, während jene der Eigentümer zu den Gewinnern im Vermögensvergleich

zählt. Jene, die im Eigentum wohnen, ersparen sich die Miete, können ihre Immobilie verkaufen, verschenken oder vererben und gewinnen im Immobilienboom an Vermögenswert.

Eigentumsbildung in einer polarisierten Vermögenswelt ist keine ernsthafte wirtschaftspolitische Strategie. Dafür sind die Vermögen der Mieter viel zu gering. Ein Vermögen von ein paar Tausend Euro erfüllt nur die Aufgabe, kurzfristige Engpässe beim Einkommen auszugleichen. Es reicht bei weitem nicht aus, ohne Erbschaft einen Hauptwohnsitz zu erwerben. Wer für Eigentumsförderung plädiert, meint daher insgeheim Förderung von Eigentümern. Und wer für Eigenheime für alle auf Pump eintritt, nimmt enorme Risiken für die Finanzstabilität auf sich. Dies sollte die Finanzkrise allen gelehrt haben.

3. Der Wohlfahrtsstaat ist in der Stadt noch wichtiger als am Land

Stadt und Land unterscheiden sich bei privatem Vermögen. In Wien verfügen Haushalte über ein Nettovermögen von rund 24.000 Euro im Median, in Österreich ohne Wien hingegen von rund 129.000 Euro. In Wien gibt es rund 51 % Einpersonenhaushalte gegenüber lediglich 35 % im Rest Österreichs. Zu schlussfolgern, dass es den Menschen in Wien schlechter als am Land geht, wäre Unsinn. Der soziale Wohnbau in Wien und das Mietangebot führen dazu, dass es günstige Alternativen zum Hauptwohnsitz im Eigentum gibt. In Wien sind es weniger als 18 % der Haushalte, welche an ihrem Hauptwohnsitz im Eigentum leben, während es im Rest Österreichs rund 57 % sind. Ein die MieterInnen – und in Wien sind dies Arme und Mitte – schützendes Mietrecht ist wichtiger als Immobilieneigentumserwerb.

4. Große sind nur vorgeblich klein


Reiche sehen sich nicht als reich, bestenfalls als wohlhabend. Doch Kleine sollten tatsächlich klein sein und sich nicht nur klein fühlen oder klein reden. Der »kleine Mann« ist eine wirkungsmächtige Sozialfigur des 20. Jahrhundert. Doch kleines Häuschen, kleine Erbschaft, kleines Sparbuch, Kleinaktionär oder Kleinanleger sind nur ideologische Varianten des Kleinmachens Großer. Im medialen Diskurs schwirren besorgte Bezugnahmen auf kleine Vermögenspositionen herum und verdrängen sozial dringende Anliegen. Schaut man nüchtern auf die Zahlen, sieht man, dass es nur ideologische Konstrukte sind, um aus relativ Vermögenden typische Vertreter der kleinen Leute zu machen. Mit einer Erbschaft von 500.000 Euro zählt man aber nicht zur Mitte und mit einem Vermögen von

eine Million Euro sowieso nicht. Typischerweise haben Leute in Österreich keine Aktien und auch keine Anleihen.

Der Politik hilft der Lavendel von den kleinen Leuten, ihre klammheimliche Reichenklientelpolitik vollmundig im Namen der Mitte zu verfolgen. Wer bei einem Erbschaftsteuervorschlag einen Freibetrag von einer Million Euro vorsieht, fürchtet sich nicht vor der Wählerschaft in der Mitte, sondern vor den mächtigen Reichen. Politik, die sich für kleine Leute engagiert, schaut auf die Vermögenslosen und vergisst die kleinen Anleger. Denn der repräsentative Kleinanleger in Österreich ist Millionär.

Die Abschaffung von Vermögens- und Erbschaftsteuer erhöhte die Vermögenskonzentration. Eine Wiedereinführung ist aus Gerechtigkeitsüberlegungen unbedingt geboten, aber aus Machtgründen schwer zu verwirklichen.

Sich aber deshalb mit moralischer Empörung über die Privilegien der Reichen zu begnügen, ist verfehlt. Wer heute für eine gerechte Gesellschaft kämpft, dem fehlt nicht ökonomischer Sachverstand und auch ist er/sie nicht naiv idealistisch. Im Gegenteil, sie/er verwechselt die Machtfrage der Machbarkeit nicht fälschlich mit jener der Vernünftigkeit und Gerechtigkeit. Für zu viele Ökonomen bildet das von ihnen für machbar gehaltene eine Denkgrenze. Doch das Richtige bleibt richtig, auch wenn es gegenwärtig politisch verstellt ist.

Die erste wirtschaftspolitische Forderung zu den Vermögensverhältnissen in einer Demokratie ist jene nach Finanztransparenz. Die Reichen müssen sichtbar gemacht werden. Denn dies wird die Verteidigung des Reichtums über die Mär der Leistung verunmöglichen. Doch wenn die Wirtschaftspolitik es nicht einmal wagt, Reichen verpflichtende Angaben zu ihrem Vermögen abzuverlangen, kann sie bei Forderungen zu einer Erbschafts- und/oder Vermögenssteuer sowieso ruhig die heiße Luft aus dem Gerechtigkeitsballon lassen. Die övp wird danken. Das Schweigen der spö zur Reichtumskonzentration bei Millionären und Milliardenären gibt viel Freiraum für Attacken auf die Hunderter und Zehner der Armen bei der Mindestsicherung. 

MARTIN SCHÜRZ

ist Lektor an der wu Wien und Psychotherapeut
an der BOJE, Ambulatorium für Kinder in Krisen.



Martin Kippenberger

1/4 Jhdt. Kippenberger als einer von Euch, unter Euch, mit Euch, Berlin,
1978, Estate of Martin Kippenberger, Galerie Gisela Capitain, Cologne
© Estate of Martin Kippenberger, Galerie Gisela Capitain, Cologne
Foto: Simon Vogel, Köln

Martin Kippenberger

Bank Austria Kunstforum Wien



1/4 Jhdt. Kippenberger
Euch, unter Euch, mit Euch

Martin Kippenberger (geboren 1953 in Dortmund, gestorben 1997 in Wien) ist einer der wichtigsten und gleichzeitig umstrittensten Künstler des 20. Jahrhunderts. „Selbstdarsteller“, „enfant terrible“, „Kunst-Punk“, „Bürgerschreck“, „Ausnahmekünstler“ – die Etiketten, die Kippenberger aufgedrückt bekommen hat, sind so zahlreich wie inhaltsleer, konzentrieren sich jedoch fast immer auf die außergewöhnliche Persönlichkeit des Künstlers. Kippenbergers komplexes Werk, das Malerei, Zeichnung, Objektkunst, Schriften, Fotografie, Installation und Performance sowie sammlerische und kuratorische Praktiken umfasst, führt sämtliche Plattitüden von Künstlersein und Kunstbetrieb an der Nase herum. Humorvoll und schonungslos nimmt Kippenberger dabei Geniekult, „Maler-Heroen“, Kunstkritik und christliche Ikonografie ebenso in die Mangel wie Concept und Minimal Art.

Dialog und Kommunikation sind die Dreh- und Angelpunkte seiner Kunst. Die Herbstausstellung des Bank Austria Kunstforum Wien widmet sich, nach den großen Kippenberger-Retrospektiven in der Londoner Tate, dem New Yorker MoMA und dem Hamburger Bahnhof in Berlin, erstmals einem Einzelaspekt: Kippenbergers durchwegs bevorzugtem Medium „Sprache“. Sein rasantes Arbeitstempo, die Angelegenheit „alles und jeden“ in seine künstlerische Arbeit einzubeziehen, sowie ein untrügliches Gespür für die Aufdeckung zeitgeistiger Widersprüche, brechen sich vorrangig via Sprache Bahn – auf Bildtitel-Ebene, als Text im Bild, Wortwitz und schlechter Witz, Missverständnis, Slogan, als Reim oder auch in Form von Künstlerbüchern, Stickern und Plakaten. „Ich bin mehr ein Vertreter. Verkaufe und vermittele Ideen. Ich bin doch viel mehr für die Leute, als einer der Bilder malt“, sagte Martin Kippenberger, der mit Sprache als Nukleus seiner Kunst in der Tradition von Dada und Konkreter Poesie steht.

Die Ausstellung wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Estate of Martin Kippenberger, Galerie Gisela Capitain/Cologne konzipiert.

8.9. bis 27.11.2016
Bank Austria Kunstforum Wien
Freyung 8, 1010 Wien
<http://www.kunstforumwien.at>

Which Side Are You On?

In der Debatte um die Steuervermeidungspraktiken großer internationaler Konzerne wie Apple, Starbucks und McDonald's geht es für Julia Herr um noch mehr als um Fragen der Steuergerechtigkeit: Es sei ein Offenbarungseid, auf wessen Seite PolitikerInnen wirklich stehen. Europas Konservative und Rechte weigern sich, Steuern von Konzernen einzutreiben, wie es ihnen die EU-Kommission geradezu aufdrängt. Um wieder erfolgreich zu werden, muss die Sozialdemokratie unter Beweis stellen, dass sie im Hier und Jetzt für die Beseitigung der Macht- und Reichtumsexzesse der wirtschaftlichen Eliten kämpft und nicht Teil ihres Systems ist. Das gilt in der Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Entscheidung der EU-Kommission, die günstigen Steuerbedingungen für Apple in Irland als unerlaubte staatliche Beihilfe zu werten ist nichts weniger als eine Sensation. Gemeinsam mit den derzeit in Gang befindlichen Prüfungen, inwieweit die europaweite Verschiebung von Gewinnen durch überhöhte Lizenzgebühren von Franchise-Unternehmen wie McDonald's unerlaubte Steuervermeidungspraktiken sind, liefert die Kommission den Anstoß für eine Debatte, die längst überfällig ist. Denn es ist ein unerträglicher Skandal, dass große Konzerne für ihre Gewinne den Bruchteil des Steuersatzes bezahlen, den die ArbeitnehmerInnen dieser Konzerne für ihre hart erarbeiteten Löhne und Gehälter abzuliefern haben. Und es ist umso unerträglicher, je lauter die Lobbys dieser Konzerne angeblich zu hohe Lohnkosten und zu großzügige Sozialsysteme beklagen, die angeblich nicht mehr finanzierbar seien.

EUROPAS ELITEN DECKEN DIE STEUERVERMEIDUNG

Aber kommt nun diese Debatte endlich in Gang? Unbedingt, wenn es nach der Sozialistischen Jugend geht. Wir führen aktuell in ganz Österreich Medienaktionen vor Filialen großer Franchise-Unternehmen durch, um gegen die McSteuervermeidung zu protestieren. Nicht, wenn es Europas Politik- und Wirtschaftselite verhindern kann, so scheint es, allen Sonntagsreden zum Trotz. Als SPÖ-Bundeskanzler Kern offen aussprach, dass es mit der Steuervermeidung großer Konzerne nicht so weitergehen könne, war sein Sager vom Würstelstand, der mehr Steuern zahle als Amazon und Starbucks, in allen großen internationalen Medien. Denn er lieferte einen

starken und positiven Kontrast zum erbärmlichen Schauspiel der restlichen europäischen Politik: Irlands konservative Regierung will die Entscheidung der Kommission bekämpfen, 13 Mrd. Euro an Steuergeldern von Apple nachzufordern. Und in Deutschland, wo die Kommission ebenfalls Nachzahlungsbedarf in Höhe von 3 Mrd. Euro ortete, ließ der zuständige konservative bayrische Finanzminister Markus Söder wissen, er halte die Forderung für »überzogen« und habe keine Absicht, die Steuern einzutreiben.

Es ist ein Offenbarungseid: Während Europas Konservative in fast allen EU-Staaten längst auf die politische Linie der Rechtspopulisten und Rechtsextremen eingeschwenkt sind und Flüchtlinge zur größten Bedrohung unseres Gesellschafts- und Sozialsystems erklären, während sie unablässig den Sozialstaat durchlöchern und die Löhne senken wollen, ist es »überzogen«, von einem großen internationalen Konzern jene Steuerleistung zu fordern, die auch alle anderen Unternehmen erbringen (sollten). Während gerade »Mia-san-Mia«-Politikern der Marke Söder kein Spruch zuorschreiben ist, wenn er sich gegen syrische Flüchtlingsfamilien richtet, sorgen sie sich plötzlich um die »Belastung der Beziehungen« zu Konzernen und deren Heimatstaaten, wenn es ans Steuerzahlen geht. »Wer arbeiten geht, darf nicht der Dumme sein« plakatiert derzeit die ÖVP Niederösterreich. Das richtet sich gegen jene Menschen, die pro Familie (»Bedarfsgemeinschaft«) im Schnitt 378,5 Euro Mindestsicherung beziehen. »Wer arbeiten geht, soll ruhig der Dumme sein« ist die ehrliche Zusammenfassung des Umgangs der Konservativen mit steuervermeidenden Konzernen.

DIE GESELLSCHAFTLICHE SPALTUNG VERFOLGT KLASSENINTERESSEN

Wäre jetzt nicht die Zeit für EU-Ratsformationen aller Art, um zu einer Einigung zu kommen, wie auch internationale Konzerne wieder zum Steuerzahlen gebracht werden? Wäre jetzt nicht die Zeit, um darüber zu reden, welche Ressourcen Finanzbehörden brauchen, um die Steuertricks der Konzerne aufzudecken? Offenbar nicht. Europas Eliten in Wirtschaft, Politik und Medien reden lieber über angeblich zu hohe Sozialleistungen, Zäune gegen Flüchtlinge und über Burkinis. Statt mit Vorschlägen und Besuchsdiplomatie das Feld für eine andere Steuerpolitik aufzubereiten, sind Österreichs Finanz- und Außenminister anderweitig beschäftigt. Der eine arbeitet sich am empörenden Vorschlag des Bundeskanzlers ab, in Europa Investitionen zu erhöhen und Arbeitslosigkeit zu senken (wie soll das auch finanzierbar sein, wenn man die Gewinne internationaler Konzerne unversteuert lässt?); der andere ist damit ausgelastet, Ungarns zweifelhaften Regierungschef Viktor Orbán rhetorisch anzuschmusen.

Auch wenn man nicht zur marxistischen Phrase neigt, kann man das kaum anders benennen: Der Versuch dieser gesellschaftlichen Spaltung ist ein Versuch, von den unhaltbaren Privilegien der herrschenden Klasse abzulenken. Im Wissen um die Wut breiter Bevölkerungsschichten versuchen die Privilegierten die Entrechteten aufeinander zu hetzen: Teile und herrsche, ist die bewährte Parole.

DIE AUFGABE DER SOZIALDEMOKRATIE

Wenn wir es auf den Kern zurückführen, dann ist das auch Funktion und Erfolgsrezept der Rechten in Europa, aber auch von Figuren wie Donald Trump in den USA. Große Teile der Bevölkerung spüren, dass etwas schief läuft in unserer Gesellschaft. Sie fühlen sich um ihre Lebenschancen betrogen. Sie haben vielfach Recht damit. Und sie geben jenen dafür die Schuld, die Teil des Systems sind, das ihnen dafür verantwortlich erscheint. Sie sind empfänglich für Botschaften, die sie in ihrem Abstiegskampf über andere Bevölkerungsgruppen stellt. Aber sie sind noch empfänglicher für Botschaften, die sich gegen das System richten, das an allem schuld zu sein scheint. Diese Botschaften sind es, die die Rechten in Europa derzeit erfolgreich machen, die aber auch linken sozialdemokratischen Gruppierungen Auftrieb geben können, wenn sie sich ihre Glaubwürdigkeit zurück erkämpfen.

Das große Versäumnis der Sozialdemokratie ist, dass sie nicht an der Seite der Menschen wahrgenommen wird und

sich vielfach auch selbst nicht dort verortet. Ihre Politik der letzten Jahrzehnte beschränkt sich auf eine moderierende Rolle in der neoliberalen Globalisierung. Das derzeit noch gültige Parteiprogramm bringt dieses Problem unfreiwillig auf den Punkt: »Bürgerinnen und Bürger Europas vertrauen darauf, dass die Sozialdemokratie Reformen durchführt, aber soziale Stabilität bewahrt, dass sie die Kraft zur Veränderung hat, aber das menschliche Maß nicht aus den Augen verliert.« Die Sozialdemokratie steht nicht Seite an Seite mit den Menschen, um jene Umstände zu verändern, die Probleme verursachen. Sie positioniert sich selbst »oben« und verspricht, »das menschliche Maß« bei der neoliberalen Globalisierung nicht aus den Augen zu verlieren. Das ist ein Versprechen, das in diesen Zeiten immer weniger einzuhalten ist und immer weniger Gehör findet.


IRRWEGE

Manche Kräfte in der Sozialdemokratie meinen, Glaubwürdigkeit wiedererlangen zu können, indem man sich an die Rechten rhetorisch anpasst. Das manifestiert sich derzeit noch in erster Linie in der Flüchtlingspolitik. Das von Verteidigungsminister Doskozil medial präsentierte Konzept der »interessengeleiteten Neutralitätspolitik«¹ stellt aber auch in der Sicherheitspolitik die Übernahme eines falschen Ansatzes dar. Auch wenn das Wort »Neutralitätspolitik« darin vorkommt, droht es mit der Forderung nach »militärischen Stabilisierungsmissionen« in vom Terror bedrohten Staaten auf das Gegenteil hinauszulaufen. Alter Wein essig in neuen Schläuchen quasi: Die Forderung nach dem Einsatz des Bundesheeres und militärischen Aktivitäten in Krisenländern, aus denen Flüchtlinge kommen und in denen Terrorismus grassiert scheint mir grundlegend Ursache und Wirkung zu vertauschen und ist die politische Vorbereitung jener falschen westlichen Interventionspolitik, die im letzten Jahrzehnt den Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika destabilisiert hat.

Die militärischen Interventionen »gegen den Terror« seit 2001, ob in Afghanistan, Libyen oder im Irak, haben sich alle als politisch oder wirtschaftlich motivierte Versuche der USA und ihrer europäischen Verbündeten erwiesen, eine »interessengeleitete« Militärpolitik zu betreiben. Sie haben allesamt zu einem politischen, militärischen, sozialen und wirtschaftlichen Desaster geführt. Drei Griffe ins Klo sollten genügen, um zu zeigen, dass unsere Sicherheit nicht mit militärischen Mitteln zu sichern ist. Auch hier gilt: Straches regelmäßige Verbeugung vor dem autoritär regierenden russischen Staatspräsidenten kommt nicht primär deshalb gut an, weil Österreiche-

rInnen autoritär regieren per se gut fänden. Er spricht damit vielmehr das Gefühl an, dass in den internationalen Beziehungen die von den Eliten vertretene Spielanordnung nicht passt. Wie in der Wirtschaftspolitik, brauchen wir auch in der Friedens- und Sicherheitspolitik ein Umdenken und müssen als Sozialdemokratie einen Bruch mit dem in den letzten Jahren von den Eliten vertretenen Ansatz wagen, statt mit dem Strom zu schwimmen. Wir brauchen eine aktive Rolle Österreichs in der internationalen Politik, die sich positiv auf die Neutralität stützt – aber wir müssen nicht immer mehr Soldaten in Krisenregionen schicken, um mit NATO-Staaten unfreiwillig jenen Terror anzufachen, den zu bekämpfen unser Ziel ist. Wir müssen aufhören, die Debatten der Rechten zu führen und die sozialdemokratischen Schwerpunkte setzen.

»WIR SIND DIE MENSCHEN!«

Christian Kern hat am Bundesparteitag im Juni nicht zufällig Herzen vieler »kleiner FunktionärInnen« damit erreicht, indem er verlangte, damit aufzuhören von den »Menschen draußen« zu sprechen. »Wir sind die Menschen!« heißt nicht, dass die Sozialdemokratie das wiedergeben soll, was manche Medien als öffentliche Meinung darstellen. »Wir sind die Menschen!« müssen wir als Appell verstehen, mit der Rolle als Moderator der neoliberalen Globalisierung zu brechen. Die Sozialdemokratie muss sich in einer real vor sich gehenden sozialen Auseinandersetzung klar positionieren und die Zusammenhänge zwischen den kleineren und größeren Problemen im Alltag der Menschen und dem verbissenen Kampf der wirtschaftlichen Eliten um ihre Privilegien aufzeigen. Die Diskussion um die Steuerprivilegien großer Konzerne macht diesen Zusammenhang greifbar: Zeigen wir in Worten und Taten, dass wir nicht zulassen, die Gesellschaft zu spalten, um diese skandalösen Privilegien zu bewahren. 

JULIA HERR

ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich
und Mitinitiatorin der SPÖ-internen Initiative KOMPASS.

Martin Kippenberger
Bank Austria Kunstforum Wien



Martin Kippenberger
Ich kann beim besten Willen kein Hakenkreuz, entdecken, 1984, Friedrich Christian Flick Collection,
© Estate of Martin Kippenberger, Galerie Gisela Capitain, Cologne

Die SPÖ muss sich wohl oder übel neu erfinden

Martin Winkler vertritt die These, dass nicht nur graduelle Änderungen, sondern eine »Neuerfindung« der SPÖ notwendig sei, um wieder erfolgreich zu werden und stellt dafür im ersten Teil einen Ausschnitt seiner teilweise kontroversiellen Thesen zur Debatte. Durch die Ablöse von Werner Faymann als Parteichef und Bundeskanzler durch Christian Kern sei das Problem der Sozialdemokratie in Österreich und in Europa jedenfalls noch nicht gelöst. In ZUKUNFT 10/2016 folgt Teil 2 dieses Diskussionsbeitrags.

Die Sozialdemokratie befindet sich in einer tiefen Krise, nicht nur in Österreich, sondern in fast allen europäischen Ländern. Auch außerhalb Europas fallen Sozialdemokraten nicht gerade als große Wahlgewinner auf (ausgenommen vielleicht Bernie Sanders bei einzelnen Vorwahlen in den USA). staatsfixiert, besitzstandswahrend, verkrustet und altmännerdominiert. Inhaltlich und organisatorisch sind sie vielfach ausgelaugt. Sie bewegen sich seit vielen Jahren im Spektrum der politischen Mitte wie der sprichwörtliche Halm im Wind von links nach rechts. Immer öfter wird der programmatische Takt von nationalistischen Parteien vorgegeben, die den Sozialdemokraten bei den Kernwählern die Vorherrschaft streitig machen und auch den Zugang neuer Wählergruppen abfischen. Und die Sozialdemokraten finden einfach europaweit kein Rezept dagegen.

Dabei sind die Umfeldbedingungen eigentlich so gut wie schon lange nicht. Der deutsche Philosoph Axel Honneth bringt das in seinem jüngsten Buch »Die Idee des Sozialismus« gekonnt auf den Punkt: »Wahrscheinlich haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs niemals so viele Menschen gleichzeitig über die sozialen und politischen Folgen empört, die mit der global entfesselten Marktökonomie des Kapitalismus einhergehen. Andererseits aber scheint dieser massenhaften Empörung jeder normative Richtungssinn, jedes geschichtliche Gespür für ein Ziel der vorgebrachten Kritik zu fehlen, so dass sie eigentümlich stumm und nach innen gekehrt bleibt.«¹ Weder die traditionellen Sozialisten noch die biegsameren Sozialdemokraten können bislang eine Richtung für die »Empörten« vorgeben.

Dort wo sich die empörten Massen nicht rechten nationalistischen Strömungen anschließen (was weltweit und vor allem in den europäischen Ländern hauptsächlich passiert), wenden sie sich linken politischen Parteien neuen Typs wie »Podemos« in Spanien oder »Syriza« in Griechenland zu. Die massiven ökologischen Schäden der globalen Industrialisierung haben mit den Grünen schon seit mehr als 30 Jahren eine relevante neue politische Bewegung hervorgebracht. Ihre größte Stärke und gleichzeitig ihre größte Schwäche liegen in der ökologischen Themenfokussierung. Daher gewinnen sie europaweit kaum dazu. Eine Ausnahme bildeten die persönlichkeitsorientierten Wahlkämpfe von Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg und von Alexander Van der Bellen in Österreich. Beide traten aber stark eigenständig und durchaus parteifern auf.

Die Sozialdemokratie aber verliert bei fast allen Wahlen und die Mitgliederstände schrumpfen rapide dahin. Die verbleibenden Mitglieder, die nicht im Umfeld von Partei und sozialdemokratisch gefärbten Gewerkschaften oder parteinahen und gewerkschaftsnahen Einrichtungen beschäftigt sind, empören sich zunehmend über die eigenen Spitzenrepräsentanten und deren Misserfolge in der politischen Arena. Das musste zuletzt auch Werner Faymann am Parteitag sehr deutlich erleben. In ähnlicher Form wurde schon Siegmund Gabriel am Parteitag der SPD abgestraft.

Auch wenn das Wahlergebnis von Rudolf Hundstorfer als Präsidentschaftskandidat kein genereller Gradmesser für die Wettbewerbssituation der SPÖ für die nächste Nationalratswahl

ist, so ist es doch ein sehr deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl. Der Weg zur kleineren Mittelpartei ist ein ernstzunehmendes Risiko geworden. Das sollte das sozialdemokratische Establishment aufrütteln. Vielleicht ist diese Drohkulisse eine passende Grundlage für wirklich grundlegende Reformüberlegungen in der SPÖ.

Wenn man wie der Autor das Geschehen in der SPÖ durchaus wohlwollend, wenn auch aus Distanz betrachtet, dann empfindet man die aktuelle Situation mehr als kritisch. Vielleicht ist dadurch jetzt der Moment gekommen, wo die sozialdemokratischen Funktionärinnen und Funktionäre offen sind für Hinweise von außen. Gerade in einer veritablen Krise können außenstehende Beobachter eine bessere Übersicht gewinnen und Themen ansprechen, die intern nicht ausreichend gesehen werden. Aus der Restrukturierungsberatung ist dem Autor dieser Umstand gut bekannt. Eine gesunde Skepsis bleibt natürlich bestehen, ob innerhalb der Waagenburg noch ausreichend Zeit für geordnete Debatten bleibt. Mit dem Wechsel zu Christian Kern öffnet sich jedenfalls eine neue Chance dafür.

DIE SPÖ MUSS SICH MIT ANDEREN SCHWESTERPARTEIEN ALS EUROPÄISCHE PARTEI NEU ERFINDEN

Österreich ist seit dem EU-Beitritt im Jahr 1995 Mitglied der Europäischen Union. Diese Union ist ein mächtiges politisches Projekt, das Frieden und Wohlstand in Europa sichern soll. Dieses Projekt ist mächtig am Schlingern, weil es durch nationale Egoismen und innenpolitisch motivierte Alleingänge an den Rand der Handlungsfähigkeit gebracht wurde. Jeder vernünftige Mensch wird erkennen, dass ein Zerfall der EU einen Nachteil für alle Mitgliedsländer und deren Bevölkerungen bringen würde. So auch für Österreich, Deutschland, Großbritannien oder Schweden. Dennoch agieren immer mehr Regierungen als wäre ihnen das egal. Es braucht aber im globalen Wettbewerb verstärkt gemeinsame Lösungen, die durch Beiträge aller entsprechend ihrer Möglichkeiten zu finanzieren und umzusetzen sind. Gemeinsame Lösungen erfordern als Grundlage immer Respekt und Solidarität der Menschen untereinander in der gesamten Europäischen Union. Die Werte von Respekt und Solidarität sind schwer erschüttert (Banken-Komplett-Rettung und Griechenland-Weniger-Rettung, Verzicht auf wirksame europäische Konjunkturprogramme, Jeder ist sich selbst der nächste in der Flüchtlingskrise etc.). Leider werden diese Werte auch von den sozialdemokratischen Parteien in Europa nicht mehr

glaubwürdig vorgelebt. Die SPÖ hat sich nun mit dem »wehrhaften Brenner« auch im Schrebergarten der europäischen Schmuddelkinder eingefunden.

Der Brexit ist für das europäische Projekt ein schwerer Schlag. Die Auswirkungen sind noch lange nicht erkannt. Leider hat sich die Labour Party mit dem neuen Vorsitzenden Corbyn nicht mit Ruhm bekleckert und keine überzeugende europäische Antwort im Abstimmungskampf angeboten. Das wird die Situation für Labour über viele Jahre erschweren, weil warum soll man noch zur sozialdemokratischen Linken gehen, wenn UKIP das bessere nationale Trostprogramm bietet.

Die SPÖ braucht einen Neuanfang als europäische Partei für den Wohlstand für Alle. Das brauchen auch die Schwesterparteien der SPÖ. Die SPÖ sollte daher hundert repräsentative Funktionärinnen und Funktionäre aus allen Ebenen (EU-Parlament, Regierung, Nationalrat, Landtage, Gemeinderäte) und Regionen (Bundesländer, Städte und Landbezirke) entsprechend der soziodemografischen Verteilung (Beschäftigten- und Einkommensgruppen, migrantische Hintergründe) mit strikter Einhaltung der Geschlechterparität (50 % Frauen und 50 % Männer) auswählen und gemeinsam mit anderen Hundertschaften der SPD aus Deutschland, der Parti Socialiste aus Frankreich, der Partito

Democratico aus Italien sowie von sozialdemokratischen Parteien aus den skandinavischen und osteuropäischen Ländern zu einem gemeinsamen politischen Kongress entsenden. Auf diesem Kongress sollen gemeinsame politische Kampagnen für die europäische Union und ihre Mitgliedsländer erarbeitet, diskutiert und verabschiedet werden. Nur wenn es gelingt, dass die europäische Sozialdemokratie auch europäisch kampagnenfähig für den Wohlstand für Alle wird, dann kann es einen glaubwürdigen Weg für gemeinsame Lösungen in der EU geben. Diese gemeinsamen Lösungen benötigen nicht nur die Sozialdemokratie, sondern alle konstruktiven politischen Kräfte in Europa, die sich nicht dem Nationalismus ergeben möchten.

Dieser europäische Gipfel der Sozialdemokratie sollte jedes Jahr in einem anderen Mitgliedsland stattfinden und eine große europäische Kampagne beschließen, die dann in allen Mitgliedsländern gut sichtbar umgesetzt wird. Der Kongress soll öffentliche Teile aufweisen, damit ein offensiver Austausch mit allen Medien vorgenommen werden kann. Die jeweils 100 Teilnehmer pro Land sind die Multiplikatoren in ihren

Ländern und vermitteln den Geist des europäischen Gipfels in allen Verästelungen der lokalen Sozialdemokratie (Ortsorganisationen, Bezirke, Länder, Frauenorganisationen, Gewerkschaftsfraktionen, Jugendorganisationen etc.). Die Auswahl der Teilnehmer muss auf den oben angeführten verbindlichen Regeln basieren, die die Parteivorsitzenden der teilnehmenden Parteien vorab beschließen.

Jeder Versuch neue Lösungen für den Wohlstand für Alle in einem globalisierten Kapitalismus weiterhin nur national oder teilweise bereits nur mehr regional zu suchen (siehe beispielsweise Burgenland), werden immer mehr scheitern. Das verbesserte Ausnutzen der noch verbleibenden Möglichkeiten in den Mitgliedsstaaten wird nicht mehr ausreichen. Ein stärkeres Abstellen auf nationale Sonderwege, Sondergesetze, Notstandsregeln bereitet vielmehr den Nährboden für die erstarkenden rechtsnationalen Gruppierungen auf, die sich zu Recht dadurch bestätigt fühlen können. Eine Partei, die auf Solidarität aufbaut und diese nicht europäisch demonstrieren kann, wird weiter schrumpfen. Ohne europäische Klammer wird die SPÖ nicht aus der Defensive herausfinden.

Es gibt viele Themen, die sich für gemeinsame europäische Kampagnen der Sozialdemokraten für den Wohlstand für Alle eignen. Dazu zählen etwa eine gemeinsame Steuerpolitik in Europa (Einführung der Finanztransaktionssteuer, Annäherung der Erbschaftsteuern, Angleichung der Gewinnsteuern und Verhinderung von Steuerflucht aus Europa etc.) oder eine gemeinsame Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. Auch eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie eine gemeinsame Migrationspolitik zählen zweifellos dazu.

Später wird im Text auf die Bedeutung der europäischen Verortung der SPÖ noch einmal Bezug genommen, wenn es darum geht wie die Sozialdemokratie gegenüber der nationalistischen Rechte erfolgreich sein kann. Vorher sollen aber noch weitere wichtige Themen behandelt werden.

DIE SPÖ MUSS SICH ALS GLAUBWÜRDIGE PARTEI FÜR DIE INTERESSEN DER FRAUEN NEU ERFINDEN

Zahlreiche Wahlanalysen haben seit den 70er-Jahren gezeigt, dass Frauen in einem hohen Ausmaß durch solidarische Politik angesprochen werden. Frauen wissen einfach über die Bedeutung eines funktionierenden Sozialstaats deutlich besser Bescheid als Männer. Sie sitzen immer noch an erster Stelle, wenn es um Plätze für die frühkindliche Betreuung, um die

Schulangebote für Kinder, um die Wohnungssuche, um die familiäre Freizeitgestaltung oder um die Betreuung für kranke bzw. ältere Familienmitglieder geht. Die SPÖ hat die Chancen der Ansprache von Frauen in bewundernswerter Art und Weise nicht genutzt, die sich aus diesem Umstand ergeben.

Die SPÖ erscheint heute als Partei der alten Männer, mehr noch als vor 20 Jahren. Die anderen sozialdemokratischen Parteien geben kaum ein anderes Bild ab. Es wurde kein ausreichender Platz für Töchter geschaffen, damit diese der Partei ein glaubwürdiges weibliches Gesicht gegenüber der Bevölkerung geben. Mit Johannes Dohnal hatte die SPÖ eine herausragende politische Persönlichkeit, deren Glaubwürdigkeit und damit Bedeutung für die SPÖ der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky nicht richtig erkannt hat. Seine politischen Erinnerungen sind ein guter Beleg für diesen Umstand, worin er Johanna Dohnal keine 10 Zeilen widmet.² Das ist sehr bedauerlich, weil damit der Wahlchancen der SPÖ für Jahrzehnte deutlich verschlechtert wurden.

Johanna Dohnal hat auf die enorme Bedeutung der Beteiligung von Frauen in der Politik, insbesondere in der sozialdemokratischen Politik, ständig hingewiesen. Sie hat die Defizite der SPÖ klar benannt. Unter anderem auf der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ 1995 hat sie es deutlich formuliert: »Die Männerquote bei den Parteivorsitzenden in Bund und Ländern beträgt satte 100 Prozent. Die Männerquote bei den 572 sozialdemokratischen BürgermeisterInnen beträgt 98,8 Prozent.« Mehr von Johanna Dohnals politischen Reden kann man in dem schönen Sammelband »Johanna Dohnal – ein politisches Lesebuch« von Maria Mesner und Heidi Niederkofler finden³. Zwischenzeitlich hat sich die Situation nur ein klein wenig verbessert. Vielfach kamen Frauen aber erst dann zum Zug, wenn die Männerbastionen in den Wahlkämpfen stark dezimiert waren oder die Wahlchancen wie bei der erfolgreichen Lienzener Bürgermeisterin Elisabeth Blanik gleich von Anfang an als äußerst gering erschienen sind.

Das Rezept für die Glaubwürdigkeit in der Frauenfrage ist eigentlich ganz einfach. Es braucht das Reißverschlussystem der Geschlechter in allen politischen Gremien der SPÖ und auch in allen Vorfeldorganisationen (natürlich auch bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftern). 50 % der Welt gehört den Frauen und damit auch 50 % der Delegierten und Wahlpositionen. Dort wo es nur eine Funktion gibt, wird es wohl oder übel nur ein Mann oder eine Frau sein können. Dort wo es aber mehr als eine Funktion gibt, da muss es eine

starke Repräsentanz von Frauen geben. Da Frauen mehr für solidarische Politik ansprechbar sind, sollten mehr als 50 % der öffentlichen politischen Gesichter der SPÖ Frauen sein. Es muss einfach selbstverständlich sein, dass ein sozialdemokratisches Regierungsteam nicht aus einem Bundeskanzler, 4 Ministern und nur zwei Ministerinnen und einer Staatssekretärin bestehen kann. Das werden auch die männerdominierten sozialdemokratischen Gewerkschafter erkennen müssen. Ein Vorbild dafür ist das jüngste Regierungsteam in Kanada von Justin Trudeau, das einen echten Aufbruch in seiner Zusammensetzung der Geschlechter und sozialen Zugänge signalisiert. Hier hat Christian Kern leider eine große Chance nicht genutzt.

Eine geschlechtergerechte Besetzung der Führungsfunktionen reicht natürlich nicht aus. Es braucht auch entsprechende Kampagnen, wobei es mit »Ganze Männer machen halbe« eine wirklich gelungene Vorlage aus der Zeit von Helga Konrad als Frauenministerin gibt. Das eigene Frauenministerium ist ein sehr wichtiges Signal, das unbedingt wieder als Kampfziel der SPÖ definiert werden soll. Es braucht dort wirklich eine starke Persönlichkeit wie etwa Renate Brauner oder Sonja Ablinger, damit das Ressort auch wahrgenommen wird. Die Übertragung der Neuausarbeitung des Parteiprogramms an Charly Blecha und Josef Cap war diesbezüglich ein wirklicher Missgriff. Das ist im 21. Jahrhundert einfach unverzeihlich und muss korrigiert werden.

DIE SPÖ MUSS SICH ALS PARTEI DES FAIREN AUSGLEICHS VON ÖFFENTLICHEM UND PRIVATEM SEKTOR NEU ERFINDEN

Bevor das Thema der vergessenen Arbeiterinnen und Arbeiter behandelt wird, muss sich die SPÖ noch einem viel wesentlicheren Thema stellen, das mit der Abwendung der Arbeiterschaft mehr zu tun hat als die SPÖ wahrhaben will. Die Sozialdemokratie verteidigt staatliche (Öffentlicher Dienst) und halbstaatliche (Kammern, Sozialversicherungen etc.) Umverteilungsmuster, die weder gerecht noch sozial und auch nicht solidarisch sind. Sie führen den Arbeitnehmern (und teilweise auch den Unternehmern) in der Privatwirtschaft vor, dass es ein zunehmendes Zweiklassensystem im Land gibt. Auf der einen Seite der öffentliche Sektor, der eine Gehalts- und Ausgabendynamik lebt, die nicht von der Entwicklung der Steuereinnahmen gedeckt wird, die zudem mehrheitlich aus dem Bereich der Privatwirtschaft bzw. von deren Beschäftigten und den Unternehmern kommen. Auf der anderen Seite die Privatwirtschaft, die im zunehmenden internati-

onalen Wettbewerb und durch die fehlenden europäischen Konjunkturprogramme immer stärker unter Druck kommt. Lohnerhöhungen werden immer schwieriger erreichbar. Die Entgeltsysteme im öffentlichen Dienst bieten offenbar eine bessere Einkommensdynamik. Lassen Sie uns einen Blick auf einen Ausschnitt des Problems werfen. Bevor wir damit beginnen noch ein paar statistische Daten als Grundlage.

Von den rund 4,2 Mio. Beschäftigten per Ende 2015 waren rund 425.000 öffentlich Bedienstete (davon rund 200.000 Beamte). Arbeiter machen rund 1,028 Mio. aus und Angestellte rund 2,042 Mio. Selbständige und Mithelfende summieren sich auf rund 426.000 Personen⁴. Daneben gibt es rund 2,063 Mio. Pensionisten nach ASVG, GSVG, FSVG und BSVG sowie rund 319.000 Beamtenpensionisten (Bund, Länder, Gemeinden und Pensionsübernahmen aus ÖBB, POST usw.)⁵. Die Beschäftigten und Pensionisten ergeben gemeinsam die rund 6,6 Mio. Einkommensbezieher im Land, die auch gleichzeitig die Steuerzahler in Österreich sind.

Wir können aus der ESSOSS Statistik unter Einbeziehung der Pensionsstatistiken der Statistik Austria⁶ herauslesen, dass für die rund 319.000 Beamtenpensionisten im Jahr 2014 rund EUR 6,366 Mrd. an Steuermitteln zugeschossen werden mussten. Bei dieser Rechnung wurde fairnesshalber unterstellt, dass die öffentliche Hand als Dienstgeber die gleichen Beiträge aufwendet wie die Dienstgeber bei den ASVG-Pensionisten (daher andere Zahlen als in sonstigen Publikationen). Für die rund 1,952 Mio. ASVG-Pensionisten mussten im gleichen Jahr rund EUR 6,510 Mrd. an Steuermitteln aufgewendet werden. Damit wird bereits das enorme Missverhältnis sichtbar. Pro ASVG-Pensionisten wurden im Jahr 2014 Steuermitteln in Höhe von rund EUR 3.335 aufgewendet und pro Beamtenpensionisten EUR 19.974. Das ist mehr als das sechsfache!! Auch bei den Bauern und Selbständigen sind die Steuerzuschüsse pro Jahr und Pensionsempfänger beträchtlich. Bei den rund 178.900 Bauernpensionisten haben sie im Jahr 2014 rund EUR 10.214 betragen und bei den rund 179.200 gewerblichen und selbständigen Pensionisten rund EUR 9.599.

Das alles sind Ergebnisse großkoalitionärer Klientel- und Abtauschpolitik (unter aktiver Mitwirkung der schwarzen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst auf der einen Seite und der roten Gewerkschaften für Gemeindebedienstete, Eisenbahner und Postler auf der anderen Seite). Nicht wirklich ein Ruhmesblatt für die SPÖ als historische Partei der Arbeiter und Angestellten. Der Steuertopf wurde ganz offensichtlich ge-

1. Axel Honneth, Die Idee des Sozialismus, Suhrkamp Verlag Berlin 2015
2. Franz Vranitzky, Politische Erinnerungen, Paul Zsolnay Verlag 2004
3. Maria Mesner und Heidi Niederkofler, Johanna Dohnal – Ein politisches Lesebuch, Mandelbaum Verlag 2013
4. Quelle Statistik Austria, Erwerbstätigkeit im Quartalsvergleich mit letzten Daten aus Q4/2015, Erwerbstätige nach beruflicher Stellung und

meinsam mit der ÖVP in Richtung Öffentlicher Dienst, Bauern und Gewerbetreibende bzw. Selbständige bewegt. Kein Wunder, wenn es bei den Arbeitern und Angestellten in der Privatwirtschaft eine wachsende Skepsis gegenüber der SPÖ als wirksame Vertreterin ihrer Interessen gibt. Die Arbeiterschaft hat das Gefühl bekommen, dass es sich die sozialdemokratischen Günstlinge im öffentlichen Sektor gemütlich einrichten und die Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihren Steuern und Sozialabgaben daran nicht unerheblich mitzahlen dürfen.

Diesem Thema muss sich auch die Wiener SPÖ stellen. Das Pensionsregime für die Wiener Beamenschaft ist unsolidarisch und die Dauer der Übergangsregelung ist nicht zu rechtfertigen. Für die Sozialdemokratie muss gelten, dass der öffentliche Sektor sich an der durchschnittlichen Entwicklung der Gesamtwirtschaft orientieren muss. Wer das nicht möchte, der soll sich in der Privatwirtschaft engagieren. Wer den öffentlichen Sektor als isolierten Kampffeld sieht, der versteht die Wechselwirkungen mit dem privaten Sektor nicht. Daher dürfen auch einzelne Gewerkschaften nicht zu stark über die Politik der SPÖ entscheiden. Sie versuchen eine Partei gerne für ihre isolierten Klientelinteressen zu nutzen.

Wenn die Abwendung der Arbeiterschaft von der SPÖ analysiert wird, was hoffentlich bald passiert, dann muss man sich dem Thema des fairen Ausgleichs der Sektoren stellen und passende Antworten bieten. Am besten startet man rasch eine Kampagne, um die noch immer existierenden sozialrechtlichen Benachteiligungen der Arbeiterinnen und Arbeiter endlich zu beseitigen. Damit kann man dieser Zielgruppe glaubwürdig signalisieren, dass man sie nicht vergessen hat. Eine weitere wichtige politische Maßnahme ist ein wirklich einheitliches Pensionsrecht für alle Beschäftigten in der öffentlichen und der privaten Wirtschaft. Dieses einheitliche Pensionsrecht für alle Arbeitnehmer (inkl. der Beamten und aller Mitarbeiter der Kammern, Sozialversicherungen, OeNB etc.) muss die SPÖ zu einem wichtigen Anliegen machen.

Das Zurückdrehen der EU-Freiheiten ist jedenfalls der komplett falsche Ansatz zum Zurückgewinnen der Arbeiterschaft. Zahlreiche österreichische Unternehmungen haben erfolgreich nach Zentral- und Osteuropa expandiert und verdienen damit gutes Geld. Bei den eigenen Mitarbeitern kommt aber zu wenig an. Daran muss die SPÖ ansetzen. Jetzt wird die zweite Seite der EU-Osterweiterung eingelöst, die Personen- und Dienstleistungsfreizügigkeit. Damit sollten den Menschen in den EU-Erweiterungsländern auch Perspektiven

geboten werden. Sie haben akzeptiert, dass die Erweiterungsvorteile zuerst in den alten EU-Ländern angefallen sind. Jetzt müssen wir uns in den Gewinnerstaaten der ersten Runde diesem Thema stellen. Eine Aushöhlung des fairen Wettbewerbs und der sozialrechtlichen Standards muss man dabei verhindern. Damit kann sich die SPÖ glaubhaft auf der Seite der Arbeitnehmerinnen positionieren. Nicht aber mit dem Schlechtreden der EU und nicht mit sozial-nationalen Forderungen in Richtung Inländerpolitik.

Eine bedeutsame Entwicklung ist das Schrumpfen der Arbeiter in der klassischen Industrie und das Wachsen der Arbeiterinnen im Handel und vor allem im Dienstleistungsbereich. Es braucht daher öffentliche Gesichter in der SPÖ, die diese wachsenden Zielgruppen gut vertreten. Sie sind in Handels-, Reinigungs- und Servicefirmen zu finden. Dort muss die SPÖ Flagge zeigen.

Mehr Fokus auf Arbeiterrechte alleine wird aber nicht ausreichen. Es muss auch beim öffentlichen Dienst ein Maßnahmenpaket geben, das zeigt, dass die SPÖ der glaubwürdige Vermittler eines fairen Ausgleichs zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor ist. Das braucht es, damit man die Arbeiterschaft wieder von der FPÖ zurück gewinnen kann. Nur wenn sich die SPÖ diesem schwierigen Thema ehrlich stellt, hat sie wieder eine bessere Chance bei der Arbeiterschaft.

Den Verdacht der Besitzstandswahrung im öffentlichen Sektor muss die SPÖ noch aus einem ganz anderen Grund dringend loswerden. Es steigt die Anzahl der Beschäftigten mit prekären Arbeitsverhältnissen und diese Menschen tendieren nicht mehr von sich aus zur Sozialdemokratie. Sie fühlen sich ungerecht behandelt und regieren sehr empfänglich auf die Geschichten von denen, die es sich richten konnten (angeblich oder wirklich). Diese Besitzstandswahrer sind naturgemäß bei den ehemaligen Großparteien zu finden, weil diese beiden Parteien den öffentlichen Sektor mit ihren Anhängern fast durchgängig besetzt haben. Dieses Argument trifft auch die SPÖ. Damit muss man politisch umgehen und darf es nicht ignorieren, wenn man Wahlen wieder gewinnen will.

DIE SPÖ MUSS SICH ALS PARTEI FÜR GERECHTIGKEIT UND SOZIALE DURCHLÄSSIGKEIT NEU ERFINDEN.

Wenn Verteilungskämpfe wegen eines zurückgehenden Wirtschaftswachstums und einer ungerechteren Verteilung der Wertschöpfung zunehmen, dann rächt sich die Besitzstand-

Geschlecht

5. Quelle ESSOSS Statistik, Vergleich: Gesetzliche Pensionsversicherung – Öffentliche Rechtsträger (Beamte) 2005 bis 2014 aus ESSOSS Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik
6. Quelle Statistik Austria, Anzahl der Pensionen in der gesetzlichen Pensionsversicherung 2014

wahrung für die eigenen Klientelgruppen bei allen Menschen außerhalb dieser Gruppen. Eine sozialdemokratische »Volkspartei« muss einen spürbaren Fortschritt für eine große Mehrheit von Menschen anstreben, sonst wird sie unglaubwürdig. Leider hat die Glaubwürdigkeit der SPÖ durch die ständigen Sonderlocken für die eine oder andere geschützte Gruppe (Beamte auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene, ÖBB, Post, OENB, Sozialversicherungen, Kammern etc.) schweren Schaden genommen.

Die Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft sehen sich als überproportionale Verlierer. Kommen wir zurück auf die Darstellung von Axel Honneth ganz am Beginn. Wie kann es sein, dass »in Zeiten wie diesen« die SPÖ nicht einen dramatischen Zulauf hat? Ganz einfach, es fehlt die Glaubwürdigkeit. Viele Menschen haben das Gefühl, dass mehr Unterstützung für die SPÖ nur noch längere Übergangsregelungen für die Wiener Beamenschaft, frühere Pensionierungen bei der ÖBB bzw. Post oder höhere Pensionen für Mitarbeiter in den Sozialversicherungen oder Arbeiterkammern bedeutet. Das kann man nicht einfach wegwischen. Das muss man bearbeiten.

Die Veränderungen bei der Verteilung der Einkommen und Vermögen sind in den letzten zwanzig Jahren äußerst besorgniserregend. Die Vermögensverteilung bewegt sich wieder in eine Richtung wie wir sie zu Zeiten des Frühkapitalismus hatten. Damit wird das gesamte marktwirtschaftliche Konzept in Frage gestellt. Wer diese Dimensionen nicht verstehen will, dem sei dringend die Lektüre des Buches »Warum Nationen scheitern«⁷ empfohlen. Wir befinden uns an einem äußerst kritischen Punkt einer wirtschaftlichen Fehlentwicklung. Immer mehr Forscher von OECD, Währungsfonds und selbst von Notenbanken sehen einen klaren Zusammenhang zwischen der enormen Vermögenskonzentration und der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Selbst die Chefökonomin der Ratingagentur Standard & Poors, Beth Ann Bovino kommt nicht umhin, diese Tatsachen kritisch zu benennen.⁸ Für sie lehrt die amerikanische Geschichte, dass die größten Wirtschaftskrisen stets dann aufgetreten sind, wenn die Ungleichheit Höchststände erreichte. In den 20er-Jahren mündete das in die Große Depression und in den 2000er-Jahren in die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die soziale Durchlässigkeit nimmt im Zuge der Vermögenskonzentration ebenfalls stark ab. Es braucht aber unsere Gesellschaft weiterhin den Spirit der Chancengerechtigkeit, der Möglichkeiten für viele sich zu verbessern. Dieser An-

7. Daron Acemoglu & James A. Robinson, Warum Nationen scheitern – Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut, S. Fischer 2013
8. Beth Ann Bovino, How Increasing Inequality is Dampening U.S. Economic Growth, and Possible Ways to Change the Tide. Standard & Poor's 2014

reiz ist für eine Marktwirtschaft unverzichtbar. Es darf nicht die wichtigste Entscheidung für die Zukunft von Kindern die Auswahl der Eltern sein. Gläserne Decken entmutigen und machen träge. In Osteuropa wurden Generationen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern entmutigt und die Gesellschaften wurden immer weniger wettbewerbsfähig. Der Wohlstand sank.

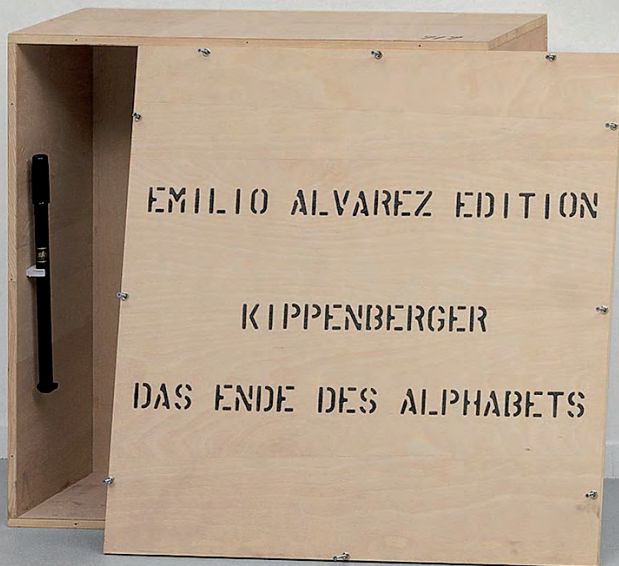
Es ist eine bittere Erkenntnis für die SPÖ, dass wir auf ein Riesenverteilungsproblem zusteuern und die eigene Glaubwürdigkeit massiv erschüttert ist. Wenn die SPÖ Maßnahmen zur Verringerung der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung einbringt wie Erbschafts- und höhere Kapitalertragssteuern, dann müssen diese auch glaubwürdig, nachhaltig und österreichweit vertreten werden. Es darf dann nicht ein Konzert der Zweifler und Abschwächer geben. Die Führungsmannschaft der SPÖ muss sich die gesellschaftlichen Fakten eingehend ansehen und dann gemeinsam agieren, auch wenn die Eigentümer des Boulevards dann ebenfalls zu den Betroffenen von Steuererhöhungen gehören.

Die Glaubwürdigkeitsproblematik der SPÖ beeinflusst auch die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger mit Steuerbeiträgen zu einem leistungsfähigen Staat beizutragen. Daher muss die SPÖ auch stärker für einen modernen und leistungsfähigen Staat eintreten, der laufend Nachweise seiner Effizienz erbringt.



MARTIN WINKLER

ist Unternehmer und Sozialdemokrat, Gründer von Respekt.net, dem Verein zur Stärkung der Zivilgesellschaft (betreibt unter anderem die Crowdfunding-Plattform www.respekt.net, die Politiktransparenz-Plattform www.meineabgeordneten.at, die Steuertransparenz-Plattform www.steuernzahlen.at und die Flüchtlingshilfe-Plattform www.asylwohnung.at), von 1990 bis 1992 Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreichs und Mitglied des BundesparteiVorstands der SPÖ.



Martin Kippenberger
Bank Austria Kunstforum Wien



Martin Kippenberger
Das Ende des Alphabets, 1989
Friedrich Christian Flick Collection im
Hamburger Bahnhof, Berlin
© Estate of Martin Kippenberger, Galerie
Gisela, Capitain, Cologne
Foto: A. Burger, Zürich

Zur Neuerfindung der Sozialdemokratie

Die Frage, wie die Sozialdemokratie nach dem Vorsitzwechsel zu neuer Kraft finden kann, beschäftigt viele unserer LeserInnen. Günter Koch fasst in diesem Debattenbeitrag seine Überlegungen zusammen.

Wie schafft man es, dass eine offenkundig in die Jahre gekommene Partei sich neu erfindet und wieder wählbar wird? Wie erreicht sie eine neue Generation von Bürgern, die es leid sind, zu beobachten, dass angewandte Politik sich Tag für Tag im buchhalterischen Klein-Klein verliert, oft den Eindruck vermittelnd, nicht zu wissen, was von ihr angesichts der großen Herausforderungen wie Klimabedrohungen, Krisen des Finanzsystems, Bewältigung von Flüchtlingsfragen, Abwehr von Rechtspopulismus usw. erwartet werden muss und die vor allem für eine Politik steht, die es nicht mehr schafft, sich auf wesentliche Inhalte zu konzentrieren und damit auf die Sehnsucht einer Mehrzahl von Menschen, nämlich bedeutungs- und sinnvolle Perspektiven aufgezeigt zu bekommen, zu bedienen?

Die Sozialdemokratie stand, trotz des von ihr gepflegten Traditionalismus, bis vor wenigen Jahren an der vorderen Front der Modernisierung. Immer waren Bildung, Wissenschaft, bildungssozialer Aufstieg, Sicherung des Wohlstandes, Modernisierung und Produktivitätssteigerungen in der Wirtschaft, Verhinderung des Auseinanderdriftens zwischen Arm und Reich, sowie eine vorausschauende, auf Kooperation und dauerhaften Frieden konzentrierte Außenpolitik das Markenzeichen dieser Partei. In den Ohren einer jungen Gesellschaft klingt das offenkundig mit Patina belegt.

Die Sozialdemokratie hat, was durch die Wahlanalysen mehr als deutlich wurde, die Arbeiterschaft verloren. Die unteren sozialen Schichten in den Städten, die ländliche Bevölkerung, der um seine Existenzgrundlage bangende Mittelstand und die unter dem Druck internationaler Konkurrenz kämpfenden Unternehmer erkennen nicht mehr, welche Vor-

teile ihnen eine Partei bringen soll, die hinnehmen muss, dass sie von allen politischen Seiten ihrer sozialen Ideen beraubt und ausgelaugt worden ist.

Einer unserer Altintellektuellen, Caspar Einem, hat in einem Zeitungsinterview kürzlich darauf hingewiesen, dass die Partei sich ein Grundsatzprogramm mit diesem Hauptziel gesetzt hat: Wir stehen für die »Wahrung der Menschenrechte ein und stehen für eine Politik, die die Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben selbstbestimmt und mündig zu gestalten, und wollen gesellschaftliche Bedingungen schaffen, die diesem Prinzip entsprechen«. Darin ist eigentlich das ganze Programm, wenn auch für die Tagesanwendung noch zu abstrakt, verpackt.

DER WISSENSARBEITER

Wir beobachten zurzeit einen rasanten Umbau des Arbeitsmarktes und der Strukturen, in denen Wertschöpfungsleistungen erbracht werden. Die Zahl der Ein-Personen-Unternehmen nimmt in exponentiellem Maß zu. In größeren Firmen verschiebt sich das Gewicht von festangestellten zu temporären oder Leiharbeitern sowie durch Outsourcing in die nachgelagerte Wertschöpfungsketten. Eine Beschäftigungsgarantie ist nicht mehr gegeben, die Generation Praktikum hat sich schon darauf eingerichtet, weder einen festen noch inhaltlich konstanten Arbeitsplatz zu bekommen. Die Prognosen zur Ersetzung menschlicher Arbeitsleistung durch Robotisierung fallen drastisch aus, den traditionellen Arbeiter wird es nicht mehr geben.

In unserer zukünftigen Arbeitswelt gibt es einen neuen Protagonisten: den Wissensarbeiter. Das ist nicht notwendigerweise ein wissenschaftlicher oder in der Wissenschaft tä-

tiger Arbeiter, als vielmehr ein Selbsternährer, der sich seine Existenz mittels (s)eines Wissens sichern kann, ohne dass die Wertschöpfungskette, in die er integriert ist, nicht funktionieren würde. Die Sozialdemokratie ist gut beraten, sich auf diese neue »Arbeiterklasse« zu konzentrieren, deren Erwartungen darauf ausgerichtet sind, etwas »mit Sinn« zu tun. Diese Sinnfindung kann sich z.B. auf einen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt, auf den Schutz der Umwelt, auf die Verhinderung klimatischer Katastrophen, auf die bessere Bildung der nachwachsenden Generation, usw. ausrichten.

Die sichere Revolution der Arbeitswelt wirft die Frage auf, womit wir unseren Lebensunterhalt verdienen werden. Die Radikalität des Wandels lässt sich an der Geschwindigkeit des Aufkommens von Innovationen und der durch sie induzierten Geschäftsmodelle ablesen. Es ist heute nicht mehr so sehr die Frage, dass Innovation der Wettbewerbsfaktor schlechthin ist, sondern mit welcher Geschwindigkeit und wie man mit der Akzeleration von Neuerungen zurechtkommt. Wir werden, als ein Beispiel, innerhalb einer Dekade erleben, dass die Automobilindustrie in unseren Breitengraden vom bestehenden Modell und ihrer Erfolgsmessung nach Stückzahlen produzierter Automobile auf völlig neue Mobilitätskonzepte umsteigen, was dramatische Umstrukturierungen auch in der Zuliefer- und Kontextindustrie zur Folge haben muss. Die Herausforderung an unsere Wirtschaft besteht darin, dass wir unsere Zukunft ständig neu erfinden und das intellektuelle Potential der Arbeiter der Zukunft, eben der Wissensarbeiter, steigern und optimal verwerten müssen – womit auch von dieser Seite die Neudefinition einer zukünftigen sozialdemokratischen Politik befeuert wird.


Eines der zentralen Themen ist die Frage nach Gerechtigkeit. Mehr und mehr Menschen zweifeln daran, dass »die Systeme« den Bürger zu seiner Zufriedenheit gerecht behandeln. Vornehmlich geht es um die materielle Gerechtigkeit im Sinne der gerechten Verteilung von Geld und Vermögen. So stößt auf völliges Unverständnis die Entlohnung von Spitzenmanagern oder Investmentbankern, was weniger eine Frage des Neides, als vielmehr dem Ärger über die völlig aus dem Lot geratene Unverhältnismäßigkeit von deren Bezahlung zuzuschreiben ist, die auch dann nicht gerechtfertigt ist, wenn man das erhöhte Karriere- und Jobrisiko dieser Gruppe einkalkuliert.

Diesem Komplex ist auch das Thema des bedingungslosen Grundeinkommens zuzuordnen, das zwar in der Sozialdemo-

kratie und noch mehr bei den Gewerkschaften keine Konjunktur hat, aber fraglos eines der Reibethemen ist, an der sich die Diskussion zur zukünftigen Sicherung der sozialen Standards und der gerechteren Mittelallokationen entwickeln muss.

GEMEINWOHLÖKONOMIE

Von jungen Volkswirtschaftlern werden derzeit Initiativen gesetzt, die zum Ziel haben, dass dieses Fach sich intensiver mit Fragen der Ideengeschichte und der alternativen, vom prädominanten »Standardmodell« der Nationalökonomie abweichenden Modellen befassen soll, nicht zuletzt, um manifeste Defizite des vorherrschenden Modells zu kompensieren. Ein solcher Ansatz wird beispielsweise mittels der Modelle der Gemeinwohloökonomie propagiert, die profunder zu studieren eine Empfehlung in Richtung der SPÖ sein muss.

Es wird der Sozialdemokratie nicht gelingen, »die Kurve zu kriegen«, wenn sie sich weiterhin als Reparaturverband für die durch neoliberale Auswüchse erzeugten Kollateralschäden versteht. Wenn eine Partei eine Vision glaubhaft zu formulieren das Potential hat, dann sollte das die sozialdemokratische Bewegung sein, die den Mut zu fassen hätte, diesen Anspruch mit Substanz und Inhalten (!) zu füllen. Voraussetzung ist, dass man die durch hochfrequente Veränderungen gestresste und verunsicherte Gesellschaft in ihrer heutigen, immer diffuser werdenden Verfassung und in ihrer wachsenden Bedürfnisvielfalt akzeptiert und ihr vermittelt, dass man die Souveränität zur Erschließung der Zukunft nicht durch die Propaganda einfacher Lösungen erwirtschaftet, sondern durch intelligente Durchdringungen der komplexen Problemgebirge unter Anwendung größerer Blickwinkel deutlich oberhalb des Niveaus von Schrebergartenlandschaften. 

GÜNTER KOCH

ist Präsident der »Humboldt Cosmos Multiversity« sowie
Vorsitzender des Vereins »Knowledge Management Austria« (KM-A)
und seit den 1980ern im Umfeld der SPD wirtschaftspolitisch tätig.
Er ist Initiator und Co-Gründer des »New Club of Paris«, der sich die
Schaffung von Agenden der Wissensgesellschaft und Wissenspolitik
zur Aufgabe gemacht hat.

Rettet Banken UND Kreditnehmer

In Italien und Deutschland wird über neue Hilfspakete für Großbanken spekuliert. Ernst Machart plädiert für einen neuen Ansatz bei Hilfspaketen für Banken, der vermeidet, dass trotz Milliardenhilfen der öffentlichen Hand v.a. KreditnehmerInnen – wie etwa die Besitzer von Eigenheimen in den USA – für die Fehlgriffe der Banken zahlen.

In der in den Jahren 2008/2009 zutage getretenen Bankenkrise wurden vor allem in USA und Europa private Banken durch staatliche Mittel in vielfacher Milliardenhöhe gerettet. Die Begründung für diese zumeist unter extremem Zeitdruck durchgeführten Rettungsaktionen war, dass die Aufrechterhaltung der Bankbetriebe für das komplexe internationale Finanz- und Wirtschaftssystem absolut erforderlich ist – die Banken also »systemrelevant« sind. Dies wurde vor allem unter dem Eindruck der weltweiten Folgen der Insolvenz der amerikanischen Bank »Lehman Brothers« im Herbst 2008 von Wirtschaftsfachleuten und Politikern so gesehen.

Die staatliche Rettung einzelner privater Unternehmen oder eines Sektors ist klarerweise eine Bevorzugung dieser Unternehmen gegenüber anderen notleidenden Unternehmen und auch in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Privatpersonen. – Diese Bevorzugung konnte und kann, wenn überhaupt, nur durch die »Systemrelevanz« begründet werden.

KREDITNEHMERKRISE 2008/2009

Die grundlegenden Ursachen für die Bankenkrise werden hier nicht diskutiert. Ein Aspekt, der möglicherweise Ursache, jedenfalls aber verstärkt auch noch Folge der Bankenkrise und der damit ausgelösten weiteren Krisen war, waren wirtschaftliche Schwierigkeiten von Kreditnehmern – sowohl Privaten als auch Unternehmern.

Bei Privaten führte das etwa in USA und Spanien zu zahlreichen Delogierungen, weil die Kreditnehmer die Woh-

nungs- und Hauskredite aufgrund der generell – dann aber auch individuell verschlechterten wirtschaftlichen Situation – nicht mehr bedienen konnten. Die betroffenen Privatpersonen und auch Unternehmen konnten die Bevorzugung der Banken durch staatliche Rettungsmaßnahmen wohl nicht verstehen und empfanden sie angesichts ihrer eigenen Situation wohl zumindest als zynisch.

Hier soll ein Ansatz diskutiert werden, der in künftigen ähnlichen Situationen nicht nur die systemrelevanten Banken unterstützt, sondern auch die betroffenen notleidenden Kreditnehmer, ohne dafür den staatlichen Mitteleinsatz erhöhen zu müssen. Selbstverständlich hoffen wir, dass dies niemals wieder erforderlich sein wird – sollte es allerdings doch wieder so weit kommen, ist es sicher sinnvoll, sich für derartige Szenarien jetzt in Ruhe Lösungsmöglichkeiten zu überlegen und aus Geschehenem zu lernen, um nicht dann unter extremem Zeitdruck wieder weniger durchdachte Maßnahmen ergreifen zu müssen.

BANKEN FEHLT EIGENKAPITAL UND LIQUIDITÄT

Dazu werden zuerst kurz die beiden größten Probleme der in Schwierigkeiten geratenen Banken skizziert. Einerseits hatten sie durch das massive Erfordernis, Kredite oder Kreditsurrogate abzuschreiben, ein Eigenkapitalproblem – also zu wenig oder gar negatives Eigenkapital und andererseits durch die dadurch gesunkene Bonität und die Verunsicherung auf den Finanzmärkten ein Liquiditätspro-

blem – sie bekamen also am Markt keine(Re-) Finanzierungsmittel mehr.

VERGANGENE LÖSUNG: STAATLICHE MITTELZUFUHR AN BANKEN

Diese Probleme wurden durch Zufuhr staatlichen Eigenkapitals (oder eigenkapitalähnlicher Instrumente) beseitigt.

Im Ergebnis wurde dabei durch die Rettung der systemrelevanten Banken das Finanz- und Bankensystem als zentrales, für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft notwendiges System durchmassiven staatlichen Einsatz stabilisiert.

NEUE LÖSUNG: STAATLICHE MITTELZUFUHR AN KREDITNEHMER

Ein Denkansatz, die Banken mit demselben staatlichen Kapitaleinsatz zu retten, zugleich aber auch die in Not geratenen Kreditnehmer wäre es, nicht den Banken das Geld zu geben, sondern den notleidenden Kreditnehmern. Der Effekt wäre dann, dass die Banken die vorher notleidenden Kredite nicht abschreiben müssten und somit in kein Eigenkapitalproblem kämen. Zugleich wären aber auch die notleidenden Kreditnehmer gerettet, ohne dass damit der Staat mehr Mittel einsetzen müsste. Etwa wären damit die oben beschriebenen massenhaften Delogierungen von Kreditnehmern für Wohnungs- oder Hauskredite nicht erforderlich.

GLEICHBEHANDLUNG DIESMAL BESSER GEGEBEN

Natürlich stellte das eine Bevorzugung der notleidenden Kreditnehmer gegenüber wirtschaftlich alleine überlebenden Kreditnehmern dar; das ist wohl generell eine unerwünschte Situation. Allerdings war die Bankenrettung wie oben gezeigt ebenfalls eine Bevorzugung eines Sektors vor allen anderen – da ist es doch sinnvoller, mit demselben Kapitaleinsatz, zwei notleidende Gruppen zu unterstützen als nur eine. Daneben würde man sich alle anderen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für die notleidenden Kreditnehmer ersparen – Sozialtransfers für die privaten Kreditnehmer einerseits, Folgewirkungen von Unternehmensinsolvenzen andererseits.

TECHNISCHE UMSETZUNG

Für die technische Umsetzung der Maßnahme könnte man sich mehrere Möglichkeiten überlegen. Die oben beschriebene direkte Unterstützung der Kreditnehmer ist eine davon – allerdings ist sie aufgrund der Vielzahl der betroffenen Fälle und des regelmäßig in Notsituationen vor-

herrschenden Zeitdrucks zur Umsetzung wohl nicht optimal geeignet.


Besser ist es, den notleidenden Banken das Geld mit der Zweckwidmung der (teilweisen) Tilgung der notleidenden Kundenkredite zur Verfügung zu stellen. Die Banken haben ja die Kreditnehmer bereits in ihren Abwicklungssystemen erfasst und könnten dies abwicklungstechnisch wohl leichter bewerkstelligen als der für derartige Fälle nicht von vorneherein gerüstete Staat.

Alternativ können die den notleidenden Kreditforderungen den betroffenen Banken durch den Staat oder eine von ihm ins Leben gerufene oder bereits bestehende Abwicklungseinheit, die notleidenden Kreditforderungen zu einem gestützten Preis, abgekauft werden. Somit kann die Förderung der Kreditnehmer letztendlich dann außerhalb der vorherigen Banken umgesetzt werden.

CONCLUSIO

Der hier skizzierte Ansatz, in einer Banken- und Wirtschaftskrise mit demselben staatlichen Mitteleinsatz nicht nur die Banken sondern auch die Kreditnehmer zu retten, ist ein Beitrag zum Nachdenken und zur Diskussion für die Lösung derartiger Situationen in der Zukunft.

Er trägt in solchen Krisen zur Stabilisierung nicht nur der Banken sondern der Wirtschaft insgesamt bei, ohne dass der Staat dafür mehr Mittel einsetzen muss.

Letztendlich werden auch Folgekosten für Privat- und Unternehmensinsolvenzen vermieden und gesellschaftspolitisch negative Folgen verringert. 

ERNST MACHART

war zwanzig Jahre in Bankkonzernen tätig, ist heute Unternehmensberater und Interim Manager und hat mehrere Aufsichtsratsmandate.



Martin Kippenberger
Ohne Titel (aus der Serie Fred the frog), 1990
Privatsammlung
© Estate of Martin Kippenberger, Galerie Gisela
Captain, Cologne

Martin Kippenberger
Bank Austria Kunstforum Wien



Martin Kippenberger
Zuerst die Füße, 1990
Sammlung Stolzka, Graz
© Estate of Martin Kippenberger, Galerie Gisela
Captain, Cologne
Foto: Helga Krobath, Wien

»Ständige Judikatur«

Helga Hieden-Sommer hinterfragt, ob die Berufung auf eine 90 Jahre alte Judikaturlinie des VfGH tatsächlich geeignet ist, eine den sozialen Realitäten der Gegenwart entsprechende Auslegung von (Verfassungs-)Bestimmungen zu erzielen. Auch der VfGH sei nicht davor gefeit, bei der Berufung auf seine Vorjudikatur überkommene Wertungsmaßstäbe heranzuziehen. Sie plädiert daher für eine Offenlegung der unterschiedlichen Auffassungen im VfGH, aber auch für eine Erweiterung von Kompetenzen, um offensichtliche Rechtsverletzung auch präventiv und nicht erst nachprüfend zu verhindern.

Nach der Entscheidung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, die Stichwahl der Wahl zum Bundespräsidenten zu wiederholen, erklärte der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofs Ludwig Adamovich: »Angesichts der Vorjudikatur war das Resultat für die Bundespräsidentenwahl für Experten prognostizierbar.«

STÄNDIGE JUDIKATUR UND STAATLICHE KINDERFÖRDERUNG

Mir fiel sofort das Kinderkostenerkenntnis der Verfassungsrichter vom 9. Dezember 1991 ein. Die Entscheidung, dass besser Verdienende stärker vom Staat gefördert werden müssen, weil sie für ihre Kinder mehr ausgeben als die unteren Einkommensbezieher, begründete Adamovich als damaliger Präsident des Verfassungsgerichtshofes so: »Das ist ein Grundsatz des bürgerlichen Rechtes, der in der Judikatur der Zivilgerichte auch zum Ausdruck kommt.« Die Vorjudikatur ist auch in diesem Fall entscheidend.

Im Familienkostenerkenntnis vom 27. Juli 1996 wurde diese Judikatur folgend erläutert: Gleiches wird gleich, Ungleiches wird unterschiedlich behandelt; unterschiedlich hohe Einkommen der Eltern erfordern eine unterschiedliche Förderung. Bei der Beurteilung der notwendigen Höhe der Familienförderung müssen die bürgerliche Unterhaltspflicht und die Unversehrtheit des Eigentums Leitlinien der Familienförderung sein. Eltern im höheren Einkommensbereich geben für ihre Kinder mehr aus als die Familienbeihilfe ausmacht; sie sind daher finanziell stärker belastet als Eltern im unteren Einkommensbereich; bei letzteren deckt die Familien-

beihilfe die Ausgaben für die Kinder. Diese Judikatur war/ist gegen die Auffassung gerichtet, dass dem Staat jedes Kind gleich viel wert ist; eine Auffassung, die in den 1970er-Jahren in der Regierung Kreisky/Androsch zur Umwandlung der privatrechtlich-bürgerlichen, am Unterhaltsrecht orientierten steuerlichen Förderung der Familie zur kindbezogenen Familienbeihilfe führte.

Diese Erkenntnisse auf der Grundlage von Regelungen des ABGB aus dem Jahr 1812 stärken bis heute die Forderung von ÖVP und FPÖ vor Nationalratswahlen nach steuerlicher Familienförderung entsprechend dem bürgerlichen Unterhalts- und Eherecht; steuerliche Familienförderung benachteiligt die Kinder von Eltern im unteren Einkommensbereich bzw. begünstigt finanziell besser gestellte Familien.

STÄNDIGE JUDIKATUR UND WAHLRECHTSVERLETZUNGEN

Der geltende Art. 141 Abs. 1 B-VG lautet: »Der Verfassungsgerichtshof hat einer Anfechtung stattzugeben, wenn die behauptete Rechtswidrigkeit des Verfahrens erwiesen wurde und auf das Verfahrensergebnis von Einfluss war.«

Die Verfassungsrichter haben nicht geprüft, ob die Gesetzesverletzungen das Ergebnis der Wahl beeinflusst haben. Sie haben vielmehr auf den Gesetzestext und die Judikatur der I. Republik im Jahr 1927 zurückgegriffen. In diesem Jahr war die junge Republik von massiven Interessenkonflikten geprägt. Zwei Tote in Schattendorf auf Seiten der Sozialdemokraten, der Prozess mit Freispruch, der Brand des Justizpalastes, sowie die vielen Toten und Verletzten danach, besonders

auf Seiten der Arbeiter, zeugen von den explosiven Auseinandersetzungen. Ein Teil der Christlichsozialen war überhaupt gegen die Republik. Dass 1927 die bloße Möglichkeit einer Manipulation als ausreichend für eine Wahlaufhebung angesehen wurde, entsprach der politischen Situation und fehlenden Wahlbeisitzern der Sozialdemokraten.

WECHSELSEITIGES VERTRAUEN DER WAHLBEISITZER

Die Festigung der demokratischen Republik nach dem 2. Weltkrieg führte in den 1960er-Jahren zur oben zitierten Fassung des zitierten Art. 141 Abs. 1 B-VG. Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien bekennen sich nun zur demokratischen Republik, stellen Wahlbeisitzer und akzeptieren Wahlergebnisse. Getragen vom wechselseitigen Vertrauen der Wahlbeisitzer machte sich jedoch ein unverzeihlicher Schlendrian breit; nicht gesetzeskonforme Vorgehensweisen bei der Auszählung nicht nur der Briefwahlkarten wurden ohne schlechtes Gewissen von Wahlbeisitzern aller Parteien toleriert. So haben auch Funktionäre der FPÖ bei der Stichwahl in den beanstandeten Bezirken die Rechtmäßigkeit des Protokolls über die Auszählung der Briefwahlstimmen unterschrieben. In Kärnten betrifft dies z. B. zwei Landtagsabgeordnete der FPÖ – Herrn Trettenbrein (Wolfsberg) und Herrn Zellot (Villach). Nach der Ankündigung des unterlegenen FPÖ-Kandidaten, es könne eventuell eine Wahlanfechtung wegen Manipulation bei der Briefwahl geben, zogen einige FPÖ-Wahlbeisitzer ihre Bestätigung der rechtmäßigen Durchführung zurück. Die Verfassungsrichter betonen in ihrem Spruch, dass keiner der einvernommenen Zeugen Anhaltspunkte für tatsächliche Manipulationen wahrgenommen hat.

Erfahrene Wahlbeisitzer erzählen übereinstimmend, dass es von den verschiedenen Ebenen immer wieder die Mahnung zur Eile bei der Auszählung gegeben hat. Außerdem gibt es rechtliche Festlegungen im Briefwahlrecht, die sich mit der gewünschten raschen Durchführung kaum vereinbaren lassen; etwa die Bestimmung, der Wahlleiter müsse die Kuverts persönlich öffnen, auch in Bezirken mit mehreren tausend Wahlkarten. Politisch Interessierte bis hin zu den Verantwortlichen im Innenministerium und zu den Höchststrichern wussten das. Wie uninteressiert Regelverletzungen von den über die Gesetzeslage Informierten hingenommen wurden, zeigt folgendes Beispiel: Laut Gesetz müssten angeblich die Wahlleiter die Kuverts in die Wahlurne werfen; im Fernsehen wurden wiederholt prominente Politiker und Spitzenkandidaten beim Einwerfen ihres Kuverts gezeigt.

Unverständlich für mich ist, dass niemand die genaue Einhaltung der Rechtsvorschriften oder eine Änderung derselben gefordert hat. Kein Vertreter des Innenministeriums, kein Verfassungsrichter, obwohl letztere erklären: »Wahlen sind das Fundament unserer Demokratie. Es ist die vornehmste Pflicht des Verfassungsgerichtshofes, dieses Fundament funktionstüchtig zu erhalten.« Aber für die Verfassungsrichter gilt offensichtlich auch bei dieser »Pflicht«: Wo kein Kläger, da kein Richter.

Dazu kommt, dass OSZE-Wahlbeobachter (OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), die bei der Bundespräsidentenwahl 2010 vom Innenministerium eingeladen worden waren, laut einem langjährigen Wahlbeobachter und Wahlrechtsexperten der OSZE in ihrem Bericht Anmerkungen zur Finanzierung und zu den Wahlkarten gemacht haben.¹

HÜTER DES DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAATES?

Einleitend zur Entscheidung des VfGH den zweiten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl in ganz Österreich zu wiederholen, heißt es: dies soll »allein einem Ziel dienen: das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und in unsere Demokratie stärken.«

Mir scheint, dass die Entscheidung der Wahlaufhebung dem Ziel, den demokratischen Rechtsstaat zu stärken, nicht gerecht wird. Es wird vor allem die sogenannte ständige Judikatur gefestigt. Die heute gültige Textierung des Gesetzes und die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden nicht berücksichtigt. Stattdessen wird die 1927 zweifellos angemessene Fassung und Judikatur des Paragraphen, der die Frage der Manipulation regelt, zum »ewigen« Maßstab erhoben.

UNPARTEIISCHE ARGUMENTATION?

Angesichts der Feststellung, dass keiner der Befragten eine Manipulation behauptet hat, ist gelinde gesagt folgende Begründung im Spruch der Verfassungsrichter eigenartig: »In 14 von 20 Bezirken habe man Unregelmäßigkeiten entdeckt. Das betraf insgesamt 77.926 Briefwahlstimmen, also mehr als das doppelte des Abstands zwischen Alexander van der Bellen und Norbert Hofer (30.863 Stimmen).«

Diese Aussage kann nur heißen: Die Verfassungsrichter und Verfassungsrichterin sind der Meinung, dass ein Nachweis einer Manipulation entgegen dem geltendem Wortlaut des Art 141 B-VG nicht erforderlich ist, da eine sol-

1. Ö1, Von Tag zu Tag, 19.07.2016
2. S. Recht – Familie – Ehe, in Zukunft, Heft 9, 2015 bzw. www.hieden-sommer.at
3. S. Wissenschaftler als geheime Politiker, in Zukunft, Heft 12, 2015 bzw. www.hieden-sommer
4. Ö1, Von Tag zu Tag, 19.07.2016
5. S. Recht – Familie – Ehe, in Zukunft, Heft 9, 2015 bzw. www.hieden-sommer.at
6. S. Wissenschaftler als geheime Politiker, in Zukunft, Heft 12, 2015 bzw. www.hieden-sommer

che »grundsätzlich« immer möglich ist. Da für Rechtsexperten, die auch die ständige Judikatur kennen, Entscheidungen des VfGH vorhersehbar sind, führt dies dazu, dass solche Experten die »Unbeweglichkeit« der obersten Richter durch die ständige Rechtsprechung zugunsten ihrer Mandanten nützen können. Dr. Böhmendorfer, Justizminister a.D. (FPÖ), tat dies zu Gunsten von FPÖ-Obmann Strache. Als Rechtsberater Haider ist Dr. Böhmendorfer meines Wissens nicht den demokratische Rechtsstaat einmahnend in Erscheinung getreten, als Haider gleichsam zur Verhöhnung des Verfassungsgerichtshofs Ortstafeln verrückte und gesetzeswidrige kleine slowenisch sprachige Ortstafeln anbrachte.

VFGH-GESETZ ÄNDERN

Oft wird übersehen, dass nach großen gesellschaftlichen Veränderungen, nach Revolutionen, bei anschließenden Gesetzesänderungen, wie beim Übergang von der Monarchie zur Republik, manche Bestimmungen aus den Gesetzen des vorherigen Gesellschaftssystem übernommen werden. (Beim Ehe- und Familienrecht konnten sich Christlichsoziale, unterstützt durch die Katholische Kirche, und die Sozialdemokraten in ihrer kurzen gemeinsamen Regierungszeit nicht auf eine Neufassung einigen).² Außerdem entwickeln Menschen im Aufwachsen Denkmuster, die den geltenden Institutionen und den mit ihnen verbundenen Werten entsprechen. In den durch Erfahrungen im Gehirn entstandenen Strukturen bleiben diese Denkmuster vor allem bei an Politik nicht interessierten Menschen (zunächst) wirksam. Dieser Sachverhalt erklärt zum Teil das Scheitern mancher Revolutionen.

Gesellschaftliche Eliten sind unter Umständen am Weiterbestehen überwunden geglaubter, nicht demokratischer Regelungen/Theorien interessiert. Die Frage, welcher Bevölkerungsgruppe getroffene Festlegungen nutzen bzw. schaden, muss auch bei wissenschaftlichen Urteilen gestellt werden.³ Auch im Falle der sogenannten »ständigen Judikatur« durch die Verfassungsrichter. Beim Kinderkostenerkenntnis werden alle Bezieher hoher Einkommen begünstigt, durch das Erkenntnis zur Wahlwiederholung im Sinne der ständigen Judikatur kann das rechtliche Expertenwissen exklusiv als Vorteil wirksam werden.

Die Aufgaben des Verfassungsgerichtes sollten daher besser den Werten des demokratischen Rechtsstaates entsprechend neu formuliert werden. So sollte bei VfGH-Erkenntnissen das abweichende Votum eingeführt werden. Von Mitgliedern des VfGH, die ihr Amt bis zum 70. Lebensjahr fix gesichert ha-

ben, kann erwartet werden, dass alle Verfassungsrichter und Verfassungsrichterrinnen ihre Argumente öffentlich darlegen, unabhängig davon, ob sie die Mehrheits- oder eine Minderheitsmeinung vertreten. Ein Minderheitsvotum würde verdeutlichen, dass auch die Entscheidungen des VfGH nicht die absolute Wahrheit und Gerechtigkeit fern von gesellschaftspolitischen Interessen darstellen, sondern dass auch Spitzenexperten des Rechts unterschiedliche Sichtweisen vertreten.

Wenn es die vornehmste Pflicht des Verfassungsgerichtshofes ist, Wahlen als Fundament unserer Demokratie funktionstüchtig zu erhalten, muss dies als Auftrag gesetzlich so verankert werden, dass beobachtete Fehlentwicklungen – wie nicht oder schwer umsetzbare Regelungen des Wahlrechts oder Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung einer Wahl – sofort aufgezeigt und Änderungen öffentlich gefordert werden. Der Grundsatz »Wo kein Kläger, da kein Richter« greift beim Fundament unserer Demokratie zu kurz.



HELGA HIEDEN-SOMMER

ist Soziologin und war Vorsitzende der Kärntner spö-Frauen. Sie gehörte von 1979 bis 1990 dem Bundesrat bzw. dem Nationalrat an und beschäftigt sich laufend wissenschaftlich und publizistisch mit Fragen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Geschlechter- und Rechtspolitik

Martin Kippenberger
Bank Austria Kunstforum Wien



Martin Kippenberger

Martin, ab in die Ecke und schäm Dich, 1990

Privatsammlung, Courtesy Hauser & Wirth

© Estate of Martin Kippenberger, Galerie Gisela
Captain, Cologne

Foto: Stefan Altenburger Photography, Zürich

Das Attentat in der Haarnadelkurve

Hollywood ist stets auf der Suche nach neuen Geschichten. Nun hat man eine der erfolgreichsten Aktionen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus adaptiert. Unter dem Titel *Anthropoid* wird mit dem US-Kinostart am 12. August 2016 das Attentat auf eine Schlüsselfigur des NS-Regimes thematisiert. Gegen Ende des Jahres folgt dazu noch die französische Produktion *HHhH*.

Reinhard Heydrich war am 27. Mai 1942 in Prag von eigens zu diesem Zweck »eingesickerten« Fallschirmjägern so schwer verletzt worden, dass er acht Tage darauf verstarb. Der Tod des maßgeblichen Organisators der »Endlösung« trat eine Welle grausamer Repressalien gegen die Zivilbevölkerung los. Die Attentäter – allen voran Jan Kubiš und Jozef Gabčík – sollten schließlich durch Verrat auffliegen – wehrten sich aber bis zum bitteren Ende. Während die Erinnerung an die beiden Feldwebel während des Kommunismus eher verhalten war (die bürgerliche tschechoslowakische Exilregierung hatte die Operation in Auftrag gegeben), ist Anfang der 1990er-Jahre wieder verstärktes Interesse zu bemerken. Zuletzt hat der junge französische Autor Laurent Binet 2011 den vielbeachteten Tatsachenroman »HHhH« vorgelegt, der auch einem der aktuellen Kinofilme als Grundlage dient. Die Abkürzung geht auf einen angeblichen Ausspruch von Hermann Göring zurück, der sich auf diese Weise über Heydrichs scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg innerhalb des SS mokiert haben soll (»Himmlers Hirn heißt Heydrich«). Heute, mehr als 70 Jahre nach dem Attentat in Prag, reizt an dem Stoff die moralische Eindeutigkeit. Es ist ein klassischer Fall von Tyrannenmord, der hier begangen wurde – ganz im Gegensatz zum heutigen religiös verbrämten, aber im Kern nihilistischen Terrorismus.

HEYDRICH GEHT IN DIE FALLE

Der 27. Mai 1942 ist ein sonniger Frühsommertag in Prag. Kurz vor 9 Uhr postieren sich in einer Haarnadelkurve im Stadtteil Libeň zwei Männer. Rund 200 Meter weiter bergaufwärts steht ein Dritter als Meldeposten. Das Trio wartet nervenaufreibende eineinhalb Stunden. Dann ist es soweit – mit dem Taschenspiegel gibt der Melder ein Zeichen, dass sich die offene Mercedes-Limousine mit der Zielperson nähert. Es

ist SS-Obergruppenführer und General der Polizei, Reinhard Heydrich – stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. Ihn zu töten, das ist die Mission der beiden Männer, die sich nun in der Kurve der Klein-Holeschowitz-Straße bereit machen. Jan Kubiš (28) und Josef Gabčík (29), zwei in Großbritannien ausgebildete Feldwebel der tschechoslowakischen Exilarmee, waren vor fünf Monaten mit dem Fallschirm über ihrer besetzten Heimat abgesprungen. Mit Unterstützung durch einheimische Widerstandskämpfer stehen sie nun vor dem letzten Akt der Operation *Anthropoid*.

Der 38jährige Heydrich stand auf dem Gipfel seiner Macht. Im Auftrag von Reichsführer SS Heinrich Himmler hatte der zuvor unehrenhaft entlassene Marineoffizier den Sicherheitsdienst (SD) aufgebaut. Bald unterstand ihm nach Übernahme der Polizeigewalt durch die SS der gesamte Terrorapparat des Reichssicherheitshauptamts. Am 31. Juli 1941 wurde Heydrich von Hermann Göring beauftragt, alle erforderlichen Vorbereitungen für eine »Gesamtlösung der Judenfrage« zu treffen – zu diesem Zweck lud er am 20. Januar 1942 zur Wannsee-Konferenz, wo konkretisiert wurde, was mit den deportierten Juden geschehen würde: Systematische Vernichtung. Seit Ende September 1941 war Heydrich darüber hinaus stellvertretender Protektor Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. Seine Aufgabe war es, die Bevölkerung der seit 1938 besetzten »Resttschechei« für die deutsche Kriegswirtschaft als Arbeitskraftreserve nutzbar zu machen. Widerstand wurde drakonisch unterdrückt – bis Ende November 1941 verhaftete man 6.000 Menschen und vollstreckte 404 Todesurteile, was Heydrich den Spitznamen »Henker von Prag« einbrachte.

Der »Reichsprotektor« fühlte sich absolut sicher – und war deshalb oft im offenen Auto und ohne Eskorte unterwegs –

ungeachtet zahlreicher Warnungen der Gestapo. Einmal darauf angesprochen meinte er nur: »Warum sollten denn meine Tschechen auf mich schießen?« Heydrich verzichtete auch an diesem schicksalhaften Vormittag auf Begleitung. Aufgrund der Informationen von einem Beschäftigten in Heydrichs Amtssitz, dem Prager Hradschin, wussten Kubiš und Gabčík Bescheid und legten sich auf die Lauer – an einem guten Platz für einen Hinterhalt.

In der besagten Kurve muss Heydrichs Fahrer, der ss-Oberscharführer Johannes Klein, der durchschnittlich 20 km pro Stunde unterwegs ist, noch zusätzlich abbremsen – und ist zwischen den Attentätern sowie einer herankommenden Straßenbahn eingeklemmt. Genau in diesem Moment lässt Gabčík den Regenmantel, den er bis dahin über eine britische Sten-Maschinenpistole gelegt hatte, fallen. Die Sten Gun ist eine ikonische Waffe, die von Spezialeinheiten und dem antifaschistischen Widerstand vielerorts verwendet wurde. Aber das einfach herzustellende Fabrikat gilt auch als unzuverlässig. Aus einer Entfernung von zwei bis drei Meter legt Gabčík auf den an ihm im Schrittempo vorbeikutschierten Heydrich an. In seinem Roman beschreibt Binet diesen Moment wie ihn die Insassen des Mercedes erlebt haben könnten: »Was macht dieser Idiot da? Er bleibt mitten auf der Straße stehen. Vollführt eine Vierteldrehung, um den Wagen gegenüberzustehen. Blickt Ihnen direkt in die Augen. Wirft den Regenmantel weg. Enthüllt eine Maschinenpistole. Richtet sie auf Sie. Zielt. Und drückt ab.«

Heydrich wäre von den 32 Schuss der Sten wohl durchsiebt worden. Aber nichts passiert, als Gabčík den Abzug betätigt. Bis heute ist unbekannt, warum die Sten Gun beim Attentat auf Heydrich versagte. War es ein technischer Defekt? Wie dem auch sei – es kommt noch ein anderer Faktor ins Spiel. Mit Klein saß ein Chauffeur ohne Fahrsicherheitstraining am Lenkrad. Ein entsprechend geschulter Mann hätte auf das Gaspedal getreten, um den Ort so schnell wie möglich zu verlassen. Klein sagte im Verhör aus, Heydrich hätte ihm den Befehl gegeben anzuhalten – was mangels anderer Zeugen auch eine Schutzbehauptung sein könnte. Jedenfalls stoppt der Wagen und Heydrich greift in die Seitentasche der Autotür, wo eine Pistole steckt. Der »Reichsprotector« will sich den Angreifer persönlich greifen. Aber Heydrich übersieht dabei den zweiten Attentäter, der sich in Reserve gehalten hatte. Kubiš hat zu diesem Zeitpunkt bereits eine panzerbrechende Granate entschert und wirft diese nun in Richtung des stehenden Wagens. Die Bombe detoniert mit

großer Wirkung unter dem rechten Hinterrad. Splitter aus der Karosserie durchschlagen die Rückenlehne, reißen Teile der Polsterung mit und fügen dem aufrecht stehenden Heydrich innere Verletzungen zu. Trotzdem legt er noch auf die fliehenden Attentäter an. Aber auch dieses Mal löst sich kein Schuss – die Pistole war nicht geladen gewesen.

Kubiš und Gabčík entkommen vom Schauplatz. Klein, der sie verfolgt, wird niedergeschossen. Das Opfer dagegen bleibt zurück und gelangt erst auf umständliche Art und Weise ins eigentlich nahegelegene Krankenhaus. Dort wird er bald unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen von ss-Ärzten behandelt. Man entfernt die zerfetzte Milz, weil sich darin ein Splitter und ein Stück Filz aus der Polsterung befindet. Die daraus resultierende Blutvergiftung dürfte schließlich am 4. Juni 1942 zum Tod von Heydrich geführt haben. Noch am selben Abend um 18 Uhr sendet das tschechoslowakische Exil eine deutschsprachige Rundfunksendung aus: »Heydrich trug mehr als irgendein anderer die persönliche Verantwortung für die Schreckensherrschaft im unterdrückten Europa. Nun hat ihn die gerechte Strafe für seine bestialischen Grausamkeiten ereilt.«

DER PREIS FÜR DEN TYRANNENMORD

Der Anschlag in Prag kommt zu einem kritischen Zeitpunkt. Als Kubiš und Gabčík ihr Unternehmen starteten, waren die USA gerade erst in den Krieg eingetreten. Die Wehrmacht stand vor Moskau und Großbritannien kämpfte mit dem Rücken zur Wand. Und nun war wenige Monate später eine Schlüsselfigur des NS-Regimes auf offener Straße liquidiert worden. Adolf Hitler fand Heydrichs Leichtsinns »dumm und idiotisch«. Aber der Tod des ss-Führers wurde nach allen Maßstäben propagandistisch ausgeschlachtet: Heydrichs Leiche wurde zuerst in Prag aufgebahrt und dann nach Berlin überführt, wo ein Staatsakt stattfand – die größte Totenfeier während des 3. Reichs.

Die Tat selbst wollte Hitler mit größtmöglicher Härte vergolten wissen. Das Dorf Lidice, das man fälschlicherweise einer Komplizenschaft mit den Attentätern beschuldigte, wurde am 9./10. Juni 1942 niedergebrannt. Alle 172 Männer, die älter als 15 Jahre waren, wurden erschossen. Die meisten der 105 Kinder aus Lidice starben in Vergasungsautos im Vernichtungslager Chelmno. Nur 17 überlebten den Krieg. Von den 184 Frauen des Dorfes kehrten 41 aus dem Konzentrationslager Ravensbrück nicht zurück. Weniger bekannt ist die Tragödie des kleinen Dorfes Ležáky: Hier wurden am 24. Juni

1942 alle 33 Einwohner – Männer wie Frauen – ermordet. In der Zeit vom 28. Mai bis zum 1. September 1942 verurteilten außerdem die Standgerichte Prag und Brünn 1.357 Tschechen zum Tode.

Die Opfer dieser von den Tschechen nach dem Terror Ende 1941 als »zweiten Heydrichiade« bezeichneten Schreckenszeit hatten die Planer von Operation Antropoid in Kauf genommen. Seit 1940 befand sich die tschechoslowakische Exilregierung in London und koordinierte von dort aus den Widerstand im besetzten Böhmen und Mähren (in der Slowakei war zwischen 1939 und 1945 ein diktatorisches Regime an der Macht, das mit Nazi-Deutschland kollaborierte). Anfang Oktober 1941 bestellte Präsident Edvard Beneš seinen Verteidigungsminister nach Aston Abotts bei London und erteilte ihm Weisung, den Geheimdienst-Chef, Oberst František Moravec, folgenden Auftrag zu erteilen. Es sei an der Zeit, die Deutschen »bezahlen zu lassen« – durch den Tod eines führenden Funktionärs. Noch stand freilich nicht fest, wer die Zielperson sein sollte. Folgende Namen wurden genannt: Heydrich und sein engster Vertrauter, der Staatsminister Karl Hermann Frank.

In die Tat umsetzen sollten das Kubiš und Gabčík, die sich bereits bewährt hatten. In einer *Special Training School* im schottischen Nordwesten wurden sie von Experten des *Special Operations Executive (SOE)* im Fallschirmspringen, Schießen und Überleben gedrillt. Wie ein tschechischer Historiker 2012 nach Recherchen in britischen Archiven herausgefunden hat, war die Rolle des SOE größer, als bis dahin bekannt: »Das waren absolute Spitzenleute, die unsere Soldaten in irregulärer Kriegsführung geschult haben. Zum Beispiel Anthony Sykes und William Fairbairn. [...] Noch vor dem Zweiten Weltkrieg haben sie eine Reihe von Fachpublikationen verfasst. Zu den Ausbildern der Tschechen gehörten auch Sprengstoffexperten. Einer von ihnen, Cecil Clark, hat die Bombe hergestellt, die beim Anschlag auf Heydrich verwendet wurde.« Die Briten hätten Heydrich »wegen seiner hohen Position in der reichsdeutschen Hierarchie für ein legitimes Ziel gehalten«.

Jedenfalls legte Moravec Kubiš und Gabčík Anfang Dezember 1941 ein Foto Heydrichs vor: »Sehen Sie sich dieses Bild sehr genau an. Dieser Mann soll getötet werden!« Mit dem Attentat verfolgte Beneš mehrere Ziele: Zunächst wollte er das angeschlagene Prestige der Exilregierung bei den Alliierten aufwerten. Weiters ging es darum, die von der Sowjetunion unterstützten Kommunisten ins Hintertreffen zu

führen. Und schließlich wollte man den Widerstandsgeist neu entfachen – denn Heydrich hatte diesen mit aller Härte unterdrückt, gleichzeitig aber versucht, die Arbeiterschaft ruhigzustellen, indem etwa die Lebensmittelrationen erhöht wurden. Der Anschlag auf den »Reichsprotektor« würde diese Doppelstrategie durchkreuzen, indem man die deutschen Besatzer so zu Vergeltungsmaßnahmen provozierte. Laut Oberst Moravec habe Beneš das Kalkül hinter Operation Anthropoid so argumentiert: »Zum einen werde es ein machtvolles Zeichen des Widerstands sein, welches das Stigma der Passivität verwischen und der Tschechoslowakei international von Nutzen sein würde; zum anderen werde es zur Erneuerung der Widerstandsbewegung dadurch beitragen, dass daraus ein Funke entspränge, der die Volksmassen in Bewegung setzen sollte ... Der Preis für Heydrichs Leben wird hoch sein, sagte ich zu Beneš, als ich eine Bewertung der Angelegenheit traf; er hörte aufmerksam zu und meinte dann, dass er als oberster Befehlshaber der Armee zu diesem festen Entschluss gekommen wäre, denn die Aktion, auch wenn sie sicherlich Menschenleben kosten werde, sei für das Wohl des Vaterlandes unerlässlich.«

In der Nacht zum 29. Dezember 1941 startete ein viermotoriger Halifax-Bomber vom südenenglischen Flugplatz Tangmore und nahm Kurs auf Pilsen. Dort in der Nähe sollten Kubiš und Gabčík plangemäß mit dem Fallschirm abspringen. Aufgrund von Navigationsproblemen wurde dieses Ziel aber weit verfehlt. Die beiden Feldwebel setzten in der Nähe von Prag auf. Mit örtlicher Hilfe verbargen sie sich in einem Steinbruch und schlugen sich dann zu der Widerstandsorganisation »Jindra« durch, die der Gestapo bis dahin entgangen war. Der Anführer Ladislav Vaněk war Chemielehrer eines mährischen Gymnasiums gewesen. Er erschrak, als er vom Ziel der Operation Anthropoid erfuhr: »Das wird den Terror der SS zu einem Blutausch steigern.«

Vaněk versuchte daher, das Attentat zu verhindern. Ende April 1942 trafen sich Vertreter der noch agierenden Gruppen trotz größtem Risiko in Prag. Man kam überein, Kubiš und Gabčík das Vorhaben auszureden. Als diese in der Diskussion auf ihren Befehlen beharrten, rief ein Anwesender: »Sie sind hier an der Front, und hier haben Sie die Befehle auszuführen, die Sie von Offizieren der Heimatfront erhalten!« Letztendlich wurde entschieden, mit Beneš in London per Funk Kontakt aufzunehmen: »Dieses Attentat würde den Alliierten nicht nützen, für unser Volk aber hätte es unübersehbare Folgen. Es würde nicht nur unsere Geiseln und politischen Gefangenen

bedrohen, sondern Tausende weiterer Leben fordern ... Wenn ein Attentat aus politischen Gründen nötig ist, soll es auf jemand anderen verübt werden.« Aber es kam keine Antwort.

DAS ENDE IN DER ST. CYRILL UND METHOD-KIRCHE

Während sich der Terror der »Heydrichiade« entfaltete, können die Attentäter mit Hilfe zweier Familien untertauchen. Zuletzt finden sie in der St. Cyrill und Method-Kirche in der Prager Neustadt Unterschlupf. Als Kubiš und Gabčík vom Massaker in Lidice erfahren, sind sie tief erschüttert – »sie haben das Gefühl, die Einwohner von Lidice mit eigenen Händen getötet zu haben. Und solange Hitler nicht von ihrem Tod unterrichtet wurde, werden die Vergeltungsmaßnahmen kein Ende finden«, schreibt Binet in »HHH«¹. Nur mit großer Mühe wird ihnen ausgedrückt, dass sie sich stellen.

Der Umzug in ein neues, sicheres Quartier steht bevor. Da werden die Widerstandskämpfer verraten. Von einem der ihnen: Karel Čurda war mit einer weiteren Truppe zur Verstärkung wenige Wochen zuvor mit dem Fallschirm abgesprungen. Gegen alle Absprachen setzte er sich aus Prag ab und fuhr zu seiner Mutter. Am 16. Juni 1942 verlor er angesichts des zunehmenden Terrors die Nerven und stellte sich der Gestapo (für seine Aussage sollte Čurda 1947 hingerichtet werden). Beim Verhör gab er die Adressen einiger »safe houses« bekannt, wo man den Attentätern geholfen hatte. Darunter war das Haus der Familie Moravec in Prag-Žižkov. Als es hier zur Razzia kam, nahm Marie Moravec eine Zyankalikapfel – aber der minderjährige Sohn, den man folterte und den in Formaldehyd konservierten Kopf seiner Mutter vorführte, nannte schließlich die St. Cyrill und Method-Kirche.

Diese wurde am 18. Juni 1942 von einem Großaufgebot der ss abgeriegelt. Den darauffolgenden Sturmangriff wehren insgesamt sieben Widerstandskämpfer stundenlang hartnäckig ab. Abgesehen von Kubiš und Gabčík handelt es sich dabei um die zu ihnen gestoßenen Soldaten Adolf Opálka, Josef Valčík, Jaroslav Švarc, Josef Bublik und Jan Hrubý. Nachdem der Kampf im Kirchenschiff mit dem Tod dreier Kämpfer (Kubiš, Opálka, Bublik) entschieden war, wird der Rest in der gerade einmal 15 m langen Krypta belagert. Alle Versuche der ss dorthin vorzudringen scheitern. Schließlich werden Prager Feuerwehrleute herangezogen: Ein Schlauch wird in den schmalen Lichtschacht gesteckt die Krypta so langsam unter Wasser gesetzt. Auch jetzt verweigern die verbliebenen vier Kämpfern die Kapitulation. Gegen 12 Uhr ertönen vier

gedämpfte Schüsse, woraufhin sich die ss-Leute über eine Treppe nach unten wagen. Was sie vorfinden beschreibt Binet in seinem Roman so: »Auf dem Wasser treiben die vier Leichname: Gabčík, Valčík, Švarc und Hrubý, die sich selbst getötet haben, um ihren Feinden nicht in die Hände zu fallen. [...] Überall Patronenhülsen, aber keine einzige Patrone. Die jeweils letzte haben sie für sich selbst aufgehoben. Es ist Mittag. Das Aufgebot von siebenhundert Männern der Waffen-ss und Gestapo brauchte fast acht Stunden, um mit den sieben Männern fertig zu werden.«

Das kommunistische Regime hatte kein Verständnis dafür, das Andenken an die Heydrich-Attentäter wachzuhalten. Schon Beneš, der sich nur bis 1948 als Staatspräsident halten konnte, hatte sich distanziert, indem er behauptete, von den Planungen nichts gewusst zu haben. Erst nach der Wende wurde am 28. September 1995 eine Gedenkstätte in der Krypta eröffnet, die jährlich von rund 25.000 Menschen besucht wird. 67 Jahre nach der Tat wurde den Widerstandskämpfern auch ein Denkmal am Schauplatz des Attentats errichtet – dieser hat sich in der Zwischenzeit völlig verändert. Aktuell sind Bestrebungen im Gange, die Überreste von Kubiš, Gabčík und ihrer fünf Kameraden zu finden. Diese werden so wie viele Opfer der »Heydrichiade« in einem Massengrab auf dem Friedhof von Dablice vermutet.

Filmisch wurde schon früher an Operation Anthropoid erinnert: Basierend auf einer Geschichte von Bertolt Brecht drehte der gebürtige Wiener Fritz Lang schon 1943 *Hangman also die*. Das Drehbuch nahm lose auf den tatsächlichen Vorkommnissen Bezug. Anders war es 1964 bei dem tschechischen Schwarzweiß-Film *Atentát* von Jiří Sequens. 1975 war es dann sogar möglich, die us-amerikanische Produktion *Operation Daybreak* in Prag an den Originalschauplätzen zu drehen. Nun kommt die Geschichte erneut auf die Kinoleinwand – *Anthropoid*, der bereits Anfang Juli in Karlsbad Premiere hatte, musste freilich Kritik einstecken: Zu forcierte slawische Akzente der englischsprechenden Schauspieler, hölzernes Ausstattungskino, flache Charakterzeichnung. Aber es wird eine konkrete Vorstellung von der Tragödie vermittelt, die sich 1942 ereignet hat – und somit war es nicht umsonst. 🍷

THOMAS RIEGLER

ist Historiker und Mitglied der Redaktion der ZUKUNFT.



Schaum

Vollbedienung

Stäubchen

Decke

Respekt

nach

Ernst Junger

Erker

Verzeihung

Schwellkörper

Verschlüsse

Locke

Zimtstange

Fischreue

Sinken

Alkoven

Gesäss

Helfer

Boot

benies sind einsam
im Trieb-Studio

Jovet

Moll

Damenbart

Pollen

Nutte

Chambre

Amateurliga

Lusc

Das Gelbe

Kreuzberg

Satchmo

Schuzpe

Vachetten

Grundierfarbe

Perfo

Deprivation

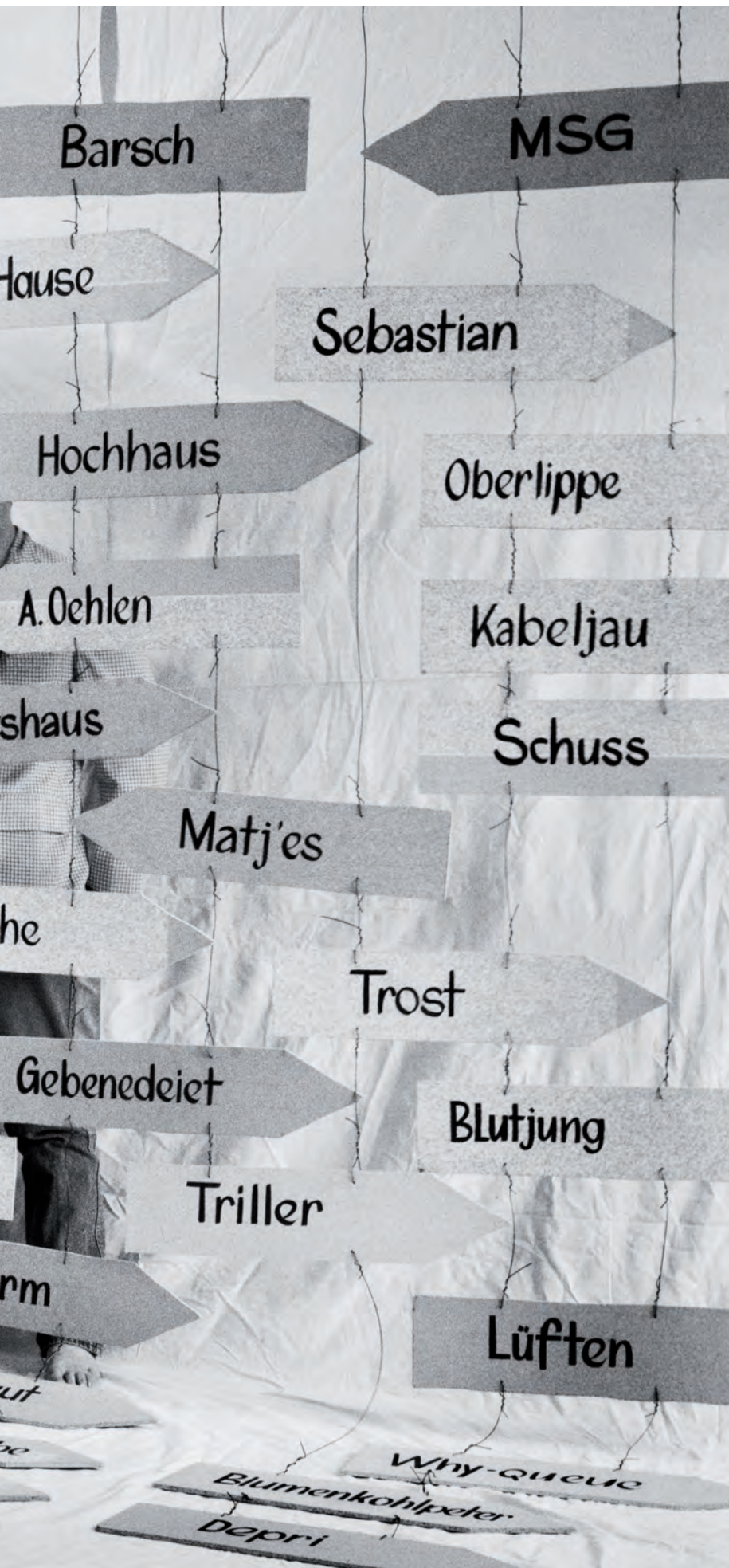
Enthauptung
Panther

Shower

Gänseha

Kreuzschraub
Handschrift

Martin Kippenberger
Bank Austria Kunstforum Wien



Barsch

MSG

Hause

Sebastian

Hochhaus

Oberlippe

A. Oehlen

Kabeljau

shaus

Schuss

Matj'es

he

Trost

Gebenedeiet

Blutjung

Triller

rm

Lüften

ut

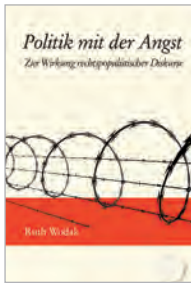
be

Why-queue
Blumenkohlpeter

Depri

Martin Kippenberger
Martin Kippenberger im Atelier Lindenstraße,
Köln 1985 © Andrea Stappert

Angst, Politik & letzte Zeitungsleser



Ruth Wodak
POLITIK MIT DER ANGST

Die Autorin weist die immer stärker werdende Akzeptanz und »Normalisierung« nationalistischer, xenophober, rassistischer und antisemitischer Rhetorik nach und bietet damit eine neue Sicht auf eine bewusst ins Leben gerufene

»Politik mit der Angst«, die Nationen und Gesellschaften polarisiert. Wie Werte und Normen, Bilder und Texte im alltäglichen Kontext geformt und manipuliert werden.

EDITION KONTUREN, 280 Seiten, 29,80 Euro



Oliver Hilmes
BERLIN 1936

Die »Juden verboten«-Schilder sind plötzlich verschwunden, statt des »Horst-Wessel-Lieds« klingen Swing-Töne durch die Straßen. Im Sommer 1936 steht Berlin ganz im Zeichen der Olympischen Spiele.

Es scheint für kurze Zeit eine ganz normale europäische Großstadt zu sein, doch im Hintergrund arbeitet das NS-Regime weiter daran, die Unterdrückung zu perfektionieren und das Land in den Krieg zu treiben.

SIEDLER VERLAG, 304 Seiten, 19,99 Euro



Michael Angele
DER LETZTE ZEITUNGSLESER

Michael Angele, der Chefredakteur der ersten deutschen Internetzeitung war, lässt mit wehmutsvoll wachem Blick Revue passieren, dass mit der Zeitung nicht irgendeine Nachrichtendarreichungsform verschwindet, sondern eine

Kulturleistung. Beim Handy raschelt nichts, alles geht ganz schnell und reibungslos. Nur: Totgesagte haben mitunter ein langes Leben.

GALIANI VERLAG, 160 Seiten, 16 Euro



Inge Jens
LANGSAMES ENTSCHWINDEN

»Beim Wiederlesen der alten Briefe scheint es mir, die ich normalerweise die Dinge beim Namen nenne, geradezu absurd, wie viele Jahre ich brauchte, bis ich die Demenz meines Mannes auch als solche bezeichnen konnte.« Drei

Dutzend Briefe sind in dem schmalen Band veröffentlicht, ergänzt durch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Alltag in den Pflegeeinrichtungen.

ROWOHLT, 160 Seiten, 14,95 Euro



Marc Augé
DAS PARISER BISTRO

In seiner persönlichen Annäherung an die Eckcafés seiner Heimatstadt ergründet der Anthropologe Marc Augé den magischen Reiz der Bistros und beobachtet das bunte Treiben um den Tresen. Er beschreibt den Wandel der Beziehungen der Gäste parallel zum Wandel der

Stadt: eine leichtfüßige Untersuchung und gleichzeitig eine unsentimentale Liebeserklärung an eine Lebensart.

MATTHES UND SEITZ, 118 Seiten, 15 Euro



Jens Balzer
POP

Von Helene Fischer bis zu Sunn O))), von den Waldschraten des Neo-Folk bis zum queeren Pop von Antony, vom Männlichkeitskult des Hip-Hop bis zum Minimal-Technorausch im Berliner Berghain: Popmusik ist die wichtigste

Kunstform der Gegenwart, keine andere reagiert so direkt und schnell auf unsere Zeit. Der Popkritiker Jens Balzer liefert eine Gegenwartsdiagnose des Pop.

ROWOHLT, 256 Seiten, 20 Euro

Fleischlos, hilfreich & die Freiheit



Han Kang
DIE VEGETARIERIN

Übersetzt von Ki-Hyang Lee. Ein verstörendes Buch über eine Frau, die laut ihrem Ehemann an Durchschnittlichkeit kaum zu übertreffen ist – bis sie eines Tages beschließt, kein Fleisch mehr zu essen. »Ich hatte einen Traum«, so ihre einzige Erklärung. Ein kleiner Akt der Unabhängigkeit, aber ein fataler, denn in Südkorea, in dem strenge soziale Normen herrschen, gilt der Vegetarismus als subversiv.

AUFBAU VERLAG, 190 Seiten, 18,95 Euro



Meena Kandasamy
REIS & ASCHE

Übersetzt von Claudia Wenner. 2014 veröffentlichte die indische Autorin Meena Kandasamy auf Englisch den Roman »The Gypsy Goddess«, der hier nun in deutscher Übersetzung vorliegt. Sie erzählt von dem Massaker in Kilvenmani (Süd-Indien), bei dem 1968 zweiundvierzig landlose Dalit (»Unberührbare«), Landarbeiter, in einer Hütte verbrannt wurden. Kinder und Frauen wurden nicht geschont.

WUNDERHORN VERLAG, 216 Seiten, 24,80 Euro



Katja Lange-Müller
DREHTÜR

Asta ist nach 22 Jahren im Dienst internationaler Hilfsorganisationen am Münchner Flughafen gestrandet. Von den Kollegen weggemobbt aus der Krankenstation in Nicaragua, wo sie zuletzt tätig war, steht sie neben einer Drehtür und raucht. Mit jeder Zigarette taucht Asta tiefer in ihre Vergangenheit ein – und mit jeder Episode variiert die Erzählerin ein sehr aktuelles Thema: das Helfen und seine Risiken.

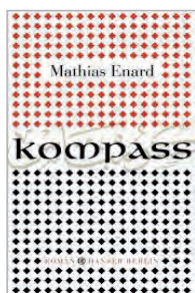
KIEPENHEUER UND WITSCH, 224 Seiten, 19 Euro



Friederike Gösweiner
TRAURIGE FREIHEIT

Am Anfang steht der Entschluss zur Flucht nach vorn. Ein Volontariat soll den Einstieg in die journalistische Karriere bringen, aber anstatt sich aus ihrer prekären Lage befreien zu können, schlittert Hannah immer weiter in eine Lebenskrise. Alles scheint ihr zu entgleiten. Feste Verhältnisse lassen auf sich warten, bis eine zufällige Begegnung sie neuen Mut fassen lässt. Doch was daraus wird, ist ungewiss.

DROSCHL VERLAG, 144 Seiten, 18 Euro



Mathias Enard
KOMPASS

Unter dem Schock einer alarmierenden medizinischen Diagnose verbringt Franz Ritter, Musikwissenschaftler in Wien, eine schlaflose Nacht. Seine Erinnerung zaubert immer mehr Fakten, Romanzen und Geschichten hervor, die alle von dem entscheidenden Beitrag des Orients zur westlichen Kultur und Identität zeugen. Für diesen Roman erhielt Mathias Enard in Frankreich 2015 den Prix Goncourt.

HANSER VERLAG, 432 Seiten, 25,70 Euro



Szczepan Twardoch
DRACH

Übersetzt von Olaf Kühl. Szczepan Twardoch lässt die Erde selbst erzählen – den Drachen, der den Menschen ausspeit und ihn wieder verschlingt. Ein ganzes Jahrhundert wie in einem einzigen Blick, schildert er die Dramen zweier Männer und die Chronik ihrer schlesischen Familie, vier Menschenalter. Es ist ein Reigen von der Suche nach Liebe und der Sehnsucht, sie festzuhalten – und ein Panorama des 20. Jahrhunderts.

ROWOHLT, 416 Seiten, 22,95 Euro

Hier fliegen die Gelder für die Brennpunktschulen

Österreichs Staatshaushalt befindet sich seit 2008 unter dem Eindruck der budgetären Folgen der Finanzkrise und der EU-Vorgaben, deren wichtigstes Ziel ein strukturelles Budgetdefizit von höchstens 0,5% des BIP ist. Die von Banken und Finanzmärkten ausgelöste Krise hat zu einem Anstieg der Staatsschulden um mehr als 70 Milliarden Euro geführt. Das ist grosso modo

- zur Hälfte auf eine Dämpfung des Wachstums der Staatseinnahmen durch die lange anhaltende Unterauslastung der Wirtschaft
- und zur anderen Hälfte auf die Kosten der Bankenrettungen zurückzuführen.

Betrachtet man nur die enge Zielgröße des strukturellen Defizits, so war die Bundesregierung erfolgreich: Das strukturelle Defizit konnte von mehr als 3% des BIP im Jahr 2010 auf einen geringfügigen Überschuss 2015 gedreht werden. Doch die einseitige Ausrichtung der Budgetpolitik hat zur Vernachlässigung anderer Aufgaben geführt, von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur. Das zeigt sich besonders im Rechnungsabschluss 2015. Das strukturelle Defizitziel wurde um etwa zwei Milliarden Euro übererfüllt. Mit diesem Geld hätten für ein Jahr etwa 40.000 Arbeitsplätze und mehr als 200.000 Betreuungsplätze für Kinder geschaffen werden können.

2017 stellt sich diese Frage schon nicht mehr, denn das Defizit wird auf etwa 1% des BIP steigen. Dazu tragen neben den notwendigen Zusatzaufgaben für Flüchtlinge vor allem auch die nicht vollständige Gegenfinanzierung der Einkommensteuersenkung und die vollständig fehlende Gegenfinanzierung der Senkung der Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds bei. Ein Defizit in derartiger Höhe ist ökonomisch angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage und des außerordentlich niedrigen Zinsniveaus alles andere als besorgniserregend, doch es gerät in Konflikt mit den europäischen Vorgaben. Bei knappen öffentlichen Kassen steht die Politik vor harten Fragen nach den Prioritäten bei den Staatsausgaben. Ein Euro kann

eben nur einmal für Projekt A oder für Projekt B ausgegeben werden. Für viele der Sozialdemokratie wichtigen Ausgabebereichen sind die Mittel extrem knapp. Man denke nur an die chronische Unterfinanzierung des Bildungsbereiches, die fehlenden Mittel für den notwendigen Ausbau der Kindergärten, die enormen Herausforderungen der aktiven Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik. In diesen Bereichen konnten in letzter Zeit in mühsamen Auseinandersetzungen mit dem Finanzminister einige Verbesserungen erreicht werden, es bleibt aber enorm viel offen.

Deshalb überrascht im mittelfristigen Budgetplan die kräftige Ausweitung der Mittel für das Bundesheer um 190 Millionen Euro oder 8% pro Jahr. Keine Frage, mit 0,6% am BIP sind die Ausgaben für Landesverteidigung in Österreich auf einem historischen Tiefstwert und neue Bedrohungslagen aufgrund vieler aufkeimender Konflikte in der weiteren Nachbarschaft und neuartiger Gefahren wie etwa den wachsenden Cyberbedrohungen entstanden. Doch die zusätzlichen Mittel fließen zum überwiegenden Teil in die Ausweitung der extrem teuren Flugstunden der Eurofighter (à 73.000 Euro) um ein Fünftel, die Modernisierung des Flugparks, die Absage der Schließung nicht mehr benötigter Kasernen und die Sicherung des Bestands der Militärmusikkapellen in allen Bundesländern.

Man stelle sich nur vor in welch drastischem Ausmaß mit diesen Mitteln alternativ die Ausstattung der sozial benachteiligten Schulstandorte verbessert werden könnten. Mit den Zusatzmitteln für das Bundesheer könnten alle »Brennpunktschulen« auf adäquates Ausstattungsniveau gebracht werden. Dabei würde es sich unter bildungs-, integrations-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten um die vielleicht wichtigste Aufgabe einer modernen Budgetpolitik handeln.



MARKUS MARTERBAUER

leitet die Wirtschaftswissenschaften in der AK Wien
und bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>

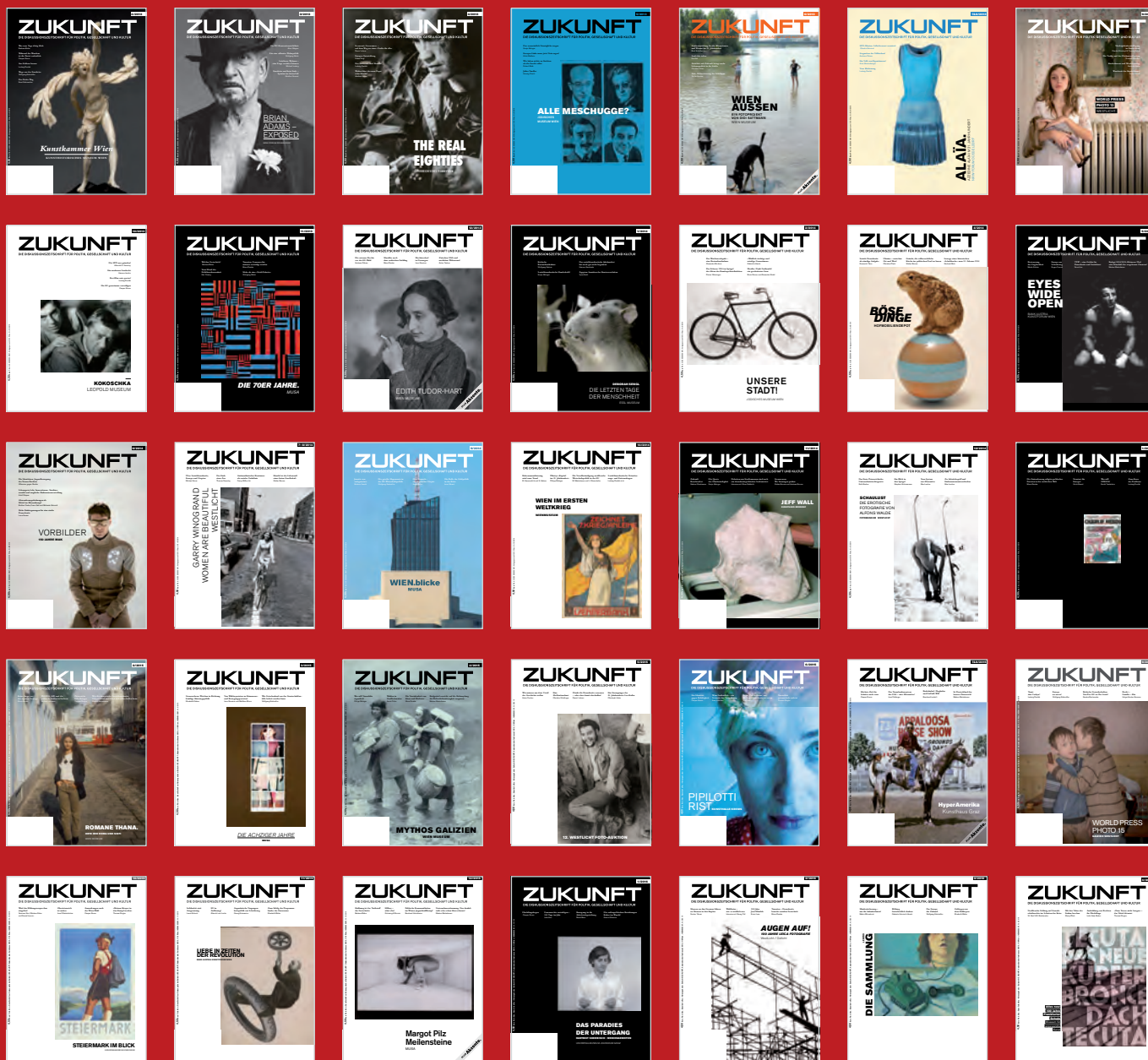
In memoriam

**Karl A. Duffek, Direktor
des Dr. Karl-Renner-Instituts**

★ 12. 3. 1962; † 7. 8. 2016

Karl A. Duffek wurde am 12. März 1962 in Wien geboren. Er studierte Germanistik und Anglistik, Politik- und Sozialwissenschaft an den Universitäten Wien und Hagen und war Mitarbeiter des Verbands Sozialistischer StudentInnen (vssstö). Ab 1988 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Karl-Renner-Instituts und ab 1992 stellvertretender Direktor, bevor er 1999 zum Direktor ernannt wurde. Von 1998 bis 2001 wirkte er ebenso als Bildungssekretär und ab 2010 als Internationaler Sekretär der SPÖ. Seit der Gründung der Foundation for European Progressive Studies (FEPS) im Jahr 2008 bekleidete er das Amt des Schatzmeisters und des Vizepräsidenten.

Am 7. August 2016 ist Karl A. Duffek im Alter von 54 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit verstorben.



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: